

Die Republik

– das Verwaltungsmagazin

03/2022

Eine Verlagsbeilage der **WIENER ZEITUNG**

Thomas Oberreiter

Der Diplomat und
Sektionschef erklärt, was
Europa und Wirtschaft
miteinander verbindet



KURS AUF ÖKOLOGIE

Die heimischen Nationalparks sind mehr als bloß schöne Natur: Sie dienen dem Schutz von Ökosystemen

TOR ZUM KOSMOS

Die Europäische Weltraumorganisation (ESA) erforscht die Weiten des Alls. Und stärkt damit die Unabhängigkeit Europas

PFAD BEI STRAHLUNG

Der Katastrophenschutz bei Unfällen in Atomanlagen hat sich stetig entwickelt. Was im Ernstfall passiert



Aus
zug.at

Ihre amtlichen Auszüge. Online, einfach und offiziell.

In nur zwei Schritten zu Ihrem Grundbuch-/Firmenbuchauszug.

Holen Sie sich jetzt Ihren Auszug – gleich direkt und mobil.
Auszug.at ist die Informationsplattform für digitale Abfragen aus
der Firmenbuch- und der Grundbuchdatenbank der Republik Österreich.

Jetzt neu:

Viele zusätzliche Dokumente aus der Urkundensammlung!

Mehr Information auf auszug.at

Offizielle Verrechnungsstelle der Republik Österreich.
Ein Serviceportal der Wiener Zeitung Mediengruppe.





Martin Fleischhacker
Geschäftsführer der
Wiener Zeitung Mediengruppe

Liebe Leserinnen und Leser,

am 12. Juli 2022 stockte nicht nur Astrophysikerinnen und Astrophysikern der Atem, auch das interessierte Laienpublikum konnte den Anblick zunächst kaum fassen. An diesem Tag veröffentlichte die US-Weltraumbehörde NASA die ersten Bilder des James Webb Space Telescope. Dessen gestochen scharfe und detailreiche Aufnahmen – etwa von der sternengebärenden Region „NGC 3324“ im Carinanebel, der kompakten Galaxiengruppe „Stephans Quintett“ oder zuletzt dem Gasplaneten Jupiter – werden unser Verständnis vom Weltraum revolutionieren.

Mit dem umgerechnet rund 10 Milliarden Euro teuren Weltraumteleskop wird meist die NASA in Verbindung gebracht, an seiner 30 Jahre dauernden Entwicklung waren aber auch die kanadische CSA und die **European Space Agency (ESA)** beteiligt. Im Gegensatz zur NASA ist die ESA, die seit 2021 vom Österreicher Josef Aschbacher geleitet wird, aber in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Grund genug für uns, der Agentur und ihren Leistungen in dieser Ausgabe von „Die Republik – das Verwaltungsmagazin“ ein Porträt zu widmen.

Nicht nur im All, auch auf der Erde kann man spektakulären Bildern begegnen. Zum Beispiel in den **österreichischen Nationalparks**, die sich über vielfältige Landschaften erstrecken und eine große Artenvielfalt beherbergen. Oder im Bauch des **Parlamentsgebäudes** an der Wiener Ringstraße, wo die umfangreichen Sanierungsarbeiten fast abgeschlossen sind. Und nicht zuletzt im **Österreichischen Staatsarchiv**: Dort hat Generaldirektor Helmut Wohnout einige geschichtsträchtige Dokumente für uns aus dem Speicher geholt.

Außerdem haben wir mit **Thomas Oberreiter, Leiter der Sektion III – Europa & Wirtschaft im Außenministerium**, über die enge Verknüpfung zwischen der EU und der Wirtschaft geredet. Vor dem Hintergrund des Überfalls Russlands auf die Ukraine haben wir uns angesehen, wie der **Strahlenschutz** in Österreich seit dem Unfall von Tschernobyl im Jahr 1986 ausgebaut wurde. Und Thomas Stelzer, Dekan der **Internationalen Anti-Korruptionsakademie** in Laxenburg, erläutert im Gespräch, wie dem lange bagatellisierten Thema Korruption beizukommen ist.

Wir wünschen Ihnen mit der Lektüre unseres Magazins einen spannenden Start in den Herbst – und sollten Ihnen die Tage im Büro doch einmal lang werden: Die nächsten Fotos des James-Webb-Teleskops sind bestimmt schon auf dem Weg.

Ihr
Martin Fleischhacker

IMPRESSUM:

Die Republik – das Verwaltungsmagazin 03/2022 ist eine Verlagsbeilage der Wiener Zeitung GmbH.
Medieninhaber, Verlagsort Wiener Zeitung GmbH, Media Quarter 3.3, Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien, T.: +43 1 20699-0
Geschäftsführung Martin Fleischhacker Chief Commercial Officer Markus Graf
Leitung Corporate Publishing & Content Production Nadja James Koordination und Abwicklung Katharina Schmidt
Autorinnen und Autoren Rainer Brunnauer-Lehner, Teseo La Marca, Cornelia Ritzer, Katharina Schmidt, Clemens Stachel, Ann-Marie Stark, Andrea Sturm Lektorat Oliver Poschner Fotoredaktion Marion Pertschy
Designkonzept & Art Direction Dominik Uhl/designundcode.at Anzeigenleitung Manfred Svec
Produktion Alexandra Kauer Druck Ferdinand Berger & Söhne GmbH, 3580 Horn
Offenlegung gem. § 25 Abs. 2 & 3 Mediengesetz: www.wienerzeitung.at/unternehmen/impressum/95_Impressum.html





03/2022

Inhalt

Die EU mitverantworten 22

Europa ist ohne das Thema Wirtschaft „nicht denkbar“, sagt Thomas Oberreiter, Chef der Sektion Europa & Wirtschaft im Außenministerium. Die Krisen der letzten Jahre zeigen, warum wir die EU brauchen.

Neuer Glanz fürs Hohe Haus 06

Das Parlament gehört zu den prägendsten Gebäuden am Wiener Ring. Doch das historische Haus war in die Jahre gekommen, im Frühjahr 2017 startete die Generalsanierung, die 2023 abgeschlossen wird. Ein Streifzug in Bildern.

Atomunfall, was dann? 12

Der Super-GAU im Atomkraftwerk Tschernobyl im Jahr 1986 ist vielen noch in Erinnerung. Der Krieg in der Ukraine weckt Ängste, dass Ähnliches wieder passiert. Einblicke in die Notfallketten.

Notfallpläne bei Strahlung 16

Die Vorsorgen für radiologische Notfälle haben in Österreich einen hohen Stellenwert. Ein Kommentar von Referatsleiter Siegfried Jachs aus der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit im Innenministerium.

Ringens ums Steuergeld 17

Wie viel Geld Bund, Länder und Gemeinden für ihre Aufgaben zur Verfügung haben, wird im Finanzausgleich geklärt. Demnächst starten die neuen Verhandlungen. Große Themen sind aktuell Klimaschutz und Energie.

Österreichs Weg in die EU 28

Seit 1955 ist Österreich Mitglied der Europäischen Union. Dieser Entscheidung gingen wichtige historische Schritte voraus. Ein grafischer Überblick.

Mehr als nur Schutz 30

Insgesamt sechs Nationalparks gibt es in Österreich. Neben dem Artenschutz steht die Wissensvermittlung im Fokus.

Korruption bekämpfen 35

Thomas Stelzer, Dekan der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA), gibt Einblicke in die weltweite Verfolgung illegaler Geldflüsse.

Karrieren 39

Neubesetzungen von Leitungsposten gab es etwa bei der Stadt Wien, im Bundesamt für Korruptionsbekämpfung und bei Austrian Standards.

Gesammeltes Wissen 40

Das Österreichische Staatsarchiv gilt als Schnittstelle zwischen Verwaltung, Geschichtsforschung und der Rechtssicherung. In 15 Geschoßen finden sich Akten und historische Dokumente.

Innovativ 44

Wie resilient sind die europäischen Verwaltungen in der Pandemie? Und wie erhöht man die Sicherheit von Post-Partnern? Zwei Innovationen.

Europa im Weltall 46

Die Europäische Weltraumorganisation (ESA) trägt auch zur Unabhängigkeit Europas bei.

Sie arbeiten für die Gemeinde? Wir unterstützen Sie dabei.

JETZT NEU: Die digitalen Bibliotheken für Ihre Gemeinde

Gemeinden sind mit einer Vielzahl von Rechtsfragen konfrontiert. Gemeinde ist aber nicht gleich Gemeinde und je größer eine Gemeinde ist, desto komplexer und mannigfaltiger sind in der Regel die auftretenden Fragestellungen.

Wählen Sie die passende Bibliothek zur Bewältigung und Lösung rechtlicher Fragen für Ihre Gemeinde. Mit Gemeindevertretern konzipiert, um Ihren Arbeitsalltag zu erleichtern.

Sämtliche Bibliotheken setzen sich aus Fachliteratur zu den für Gemeinden besonders relevanten Bereichen zusammen:

- ✓ Öffentliches Recht
- ✓ Steuerrecht
- ✓ Baurecht und Immobilienrecht
- ✓ Vertragsrecht
- ✓ Strafrecht
- ✓ Vergaberecht



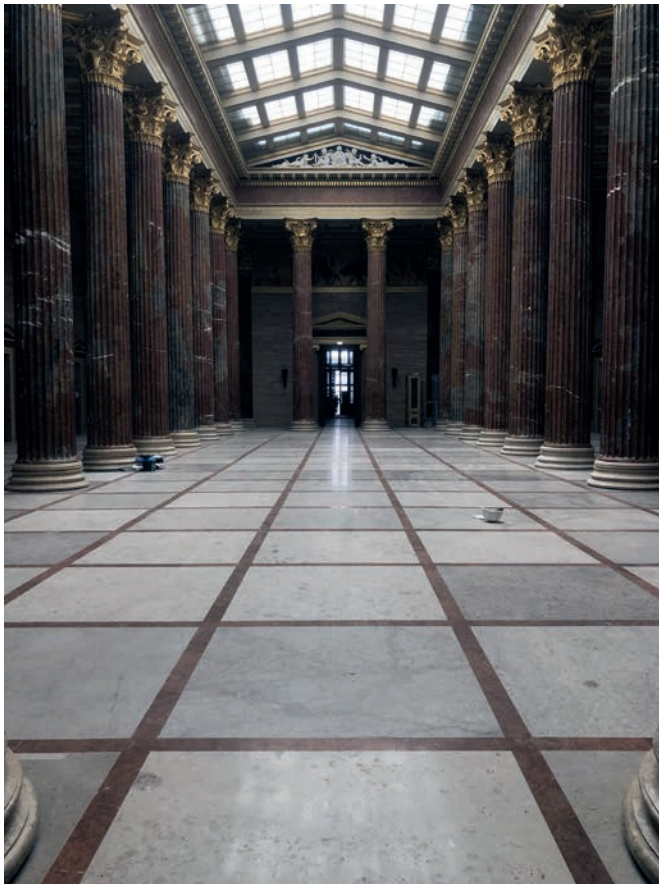
Jetzt testen unter
[www.lindeverlag.at/
lindedigital-testen](http://www.lindeverlag.at/lindedigital-testen)



Ein Projekt der Superlative

Das **Parlamentsgebäude** ist in die Jahre gekommen: Von 1874 bis 1883 nach den Plänen von Theophil Hansen errichtet, war es seither gleichsam im Dauerbetrieb. Nach einer beinahe fünfjährigen Restaurierungszeit wird das Hohe Haus am Ring Anfang 2023 wieder bezugsfertig sein. Ein Streifzug durch eine Jahrhundert-Baustelle.

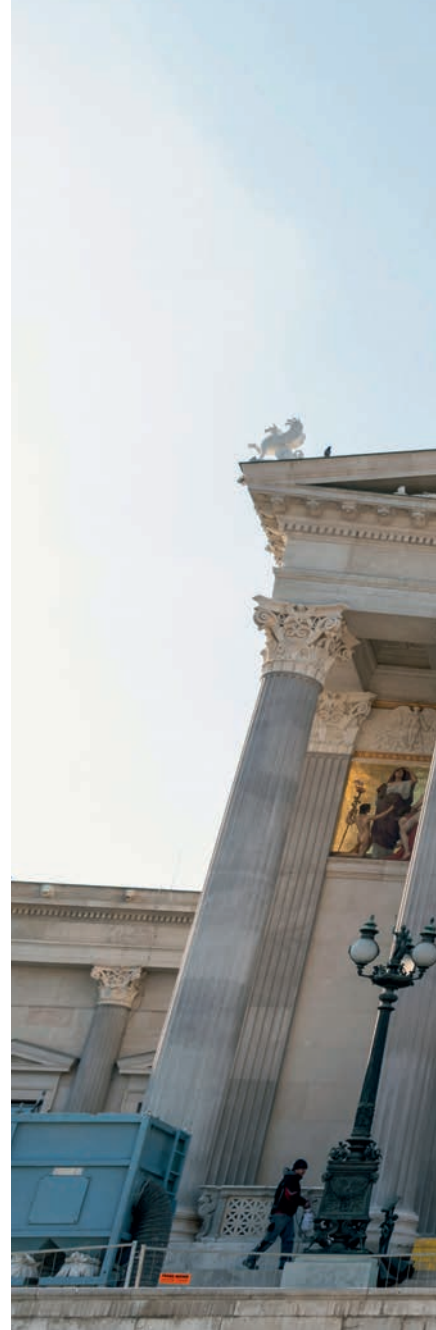
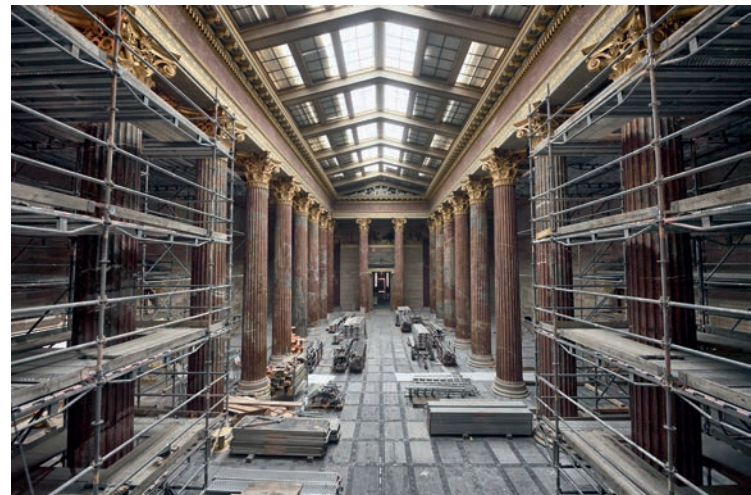
Text: Katharina Schmidt



Mehr Platz. Unter der Säulenhalle entsteht das neue Besucherzentrum. 200.000 Menschen jährlich sollen auf 900 Quadratmetern Fläche Einsichten ins Innere der Demokratie gewinnen.



Repräsentativ. Auch die Säulenhalle mit ihren 24 korinthischen Marmorsäulen wurde umfassend restauriert. Hier ist besonders gut erkennbar, dass das Haus am Ring „als repräsentatives Gebäude konzipiert wurde und nicht als Arbeitsparlament“, heißt es dazu aus dem Parlament.



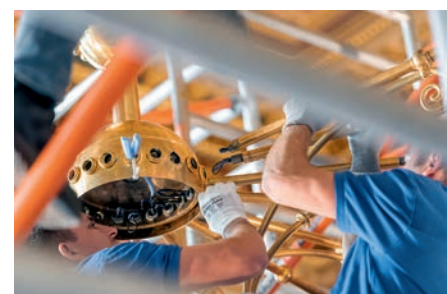


Neuer Glanz. Nach fünf Jahren Bauzeit und Kosten von rund 420 Millionen Euro kann das sanierte Parlamentsgebäude Anfang 2023 wieder in Betrieb genommen werden. Im Zuge der Arbeiten wurden auch die 44 Attikafiguren vom Dach des Gebäudes entfernt, eingehend untersucht, restauriert und erdbebensicher wieder montiert.





Grabungsarbeiten. „Wir waren in Winkeln unterwegs, in die Jahrzehnte keiner gekommen ist“, sagen die Verantwortlichen. So wie hier unter dem Reichsratssitzungssaal, heute Sitz der Bundesversammlung. Bei den Arbeiten wurden zwei unerwartete Funde gemacht: Unbenutzte Samtbehänge für die Kaiserloge mit dem Wappen Kaiser Franz Josephs und zwei Hitler-Büsten aus der NS-Zeit. Beide Artefakte wurden dem Haus der Geschichte Österreichs übergeben.



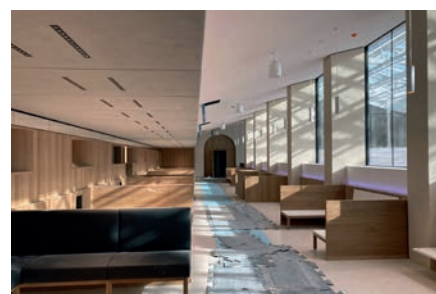
Präzisionsarbeit. Insgesamt 500 historische Luster und Leuchten, davon 106 noch von Theophil Hansen entworfen, wurden in Werkstätten in Niederösterreich restauriert und mit LED-Technik nachgerüstet.



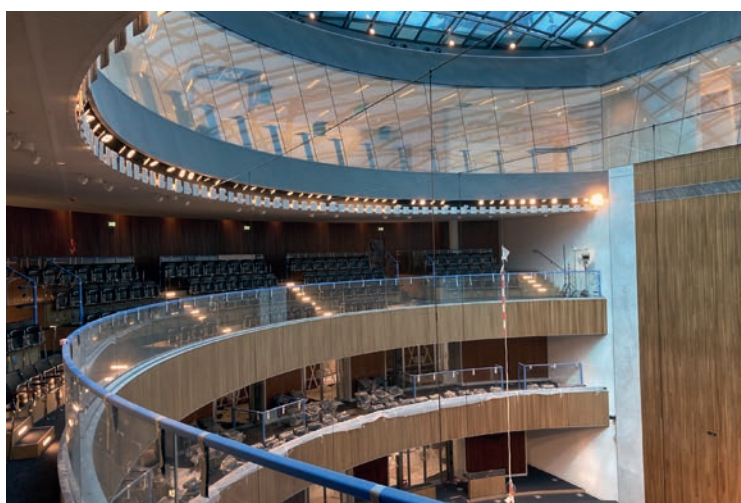
Qualität für Generationen. Rund 740 Kastenfenster wurden thermisch und sicherheitstechnisch saniert. Die Rahmen aus 160 Jahre altem kroatischen Eichenholz wurden von Lackresten befreit und wie im Original mit Leinöl eingelassen. Im Parlament ist man begeistert: „Jetzt, wo es fast fertig ist, wird ersichtlich, mit welcher hoher Qualität vor 130 Jahren gebaut und heute saniert wurde – beide Male wurden Meisterleistungen vollbracht.“



Barrierefrei. Die alten Stiegenhäuser mit ihren engen Wendeltreppen mussten verglasten Aufgängen weichen. Insgesamt führen vier neue Haupttreppenanlagen vom Untergeschoß in den dritten Stock. Außerdem wurde im gesamten Gebäude Barrierefreiheit hergestellt.



Mehr Platz. Im Dachgeschoß entstanden ein modernes Restaurant mit 400 Quadratmetern Terrasse sowie zwei Multifunktionsräume. Die meisten Büros bleiben aber an den anderen Standorten des Parlaments (etwa in der Reichsrats- oder der Löwelstraße).



Wiederaufbau. Der Plenarsaal sieht nach der Generalüberholung wieder fast so aus wie nach dem Wiederaufbau Österreichs in den 1950er Jahren. Aber eben nur fast: Den Abgeordneten bietet er nun Arbeitsplätze auf dem neuesten Stand der Technik – und sogar Tageslicht.



Symbolträchtig. Kern der Sanierung und Symbol für die Transparenz des Hohen Hauses ist das neue Glasdach über dem Nationalratssitzungssaal. Vier je 46 Tonnen schwere Stahlringe wurden auf dem Dach zusammengesetzt und mit Glaspaneelen ergänzt. Diese sind elektrochrom, die Lichtdurchlässigkeit kann also gesteuert werden.



Skurril. Die Sanierung wurde beschlossen, als der Regen durch das Dach des Plenarsaals auf die Abgeordneten tropfte. Später brach der Sessel des ÖVP-Klubobmanns Karlheinz Kopf mitten in einer Sitzung entzwei. „Mit der Sanierung sorgen wir dafür, dass solche Skurrilitäten nicht mehr vorkommen“, heißt es aus dem Parlament.



Adlerflug. Rund 70 Jahre nach seiner Erschaffung durch den Bildhauer Rudolf Hoflehner musste auch der 650 Kilogramm schwere Wappendler restauriert werden. 2018 wurde er aus dem Plenarsaal abmontiert, im Sommer 2021 landete er wohlbehalten wieder auf seinem Stammplatz über dem Präsidium.



Führungen. Auf einer eigenen Website ermöglicht das Parlament einen vertieften Einblick in die Sanierungsarbeiten. Neben zahlreichen Fotos und spannenden Informationen rund um Geschichte und Architektur des Gebäudes finden sich dort auch Links zu virtuellen Führungen durch die Baustelle.

sanierung.parlament.at



ADVERTORIAL

TRANSPARENZ UND OFFENHEIT

Vasko+Partner zeichnet bei der Generalsanierung des Parlaments für die Projektsteuerung verantwortlich – eine umfassende Aufgabe im steten Austausch mit dem Bauherrn.

Vasko+Partner lieferte mit dem Konzept „nachhaltige Sanierung“ die Grundlage für die Generalsanierung des Parlaments. Demnach wurde nicht nur einfach saniert, sondern auch Verbesserungen im Betrieb, den Abläufen und den Funktionen geschaffen. Vorhandene Raumreserven, wie etwa der Dachboden, werden genutzt, um die Energieeffizienz zu steigern und das Gebäude noch stärker für Besucher zu öffnen. Das Motto: Transparenz und Offenheit.

Vasko+Partner zeichnet als Projektsteuerung für den Bauherrn delegierbare Managementaufgaben verantwortlich, u. a. die Organisation und Koordination mit Termin- und Kostenplänen sowie die Qualitätssicherung.

„Wir sind sehr stolz, maßgeblich bei der Sanierung des Parlaments mitwirken zu

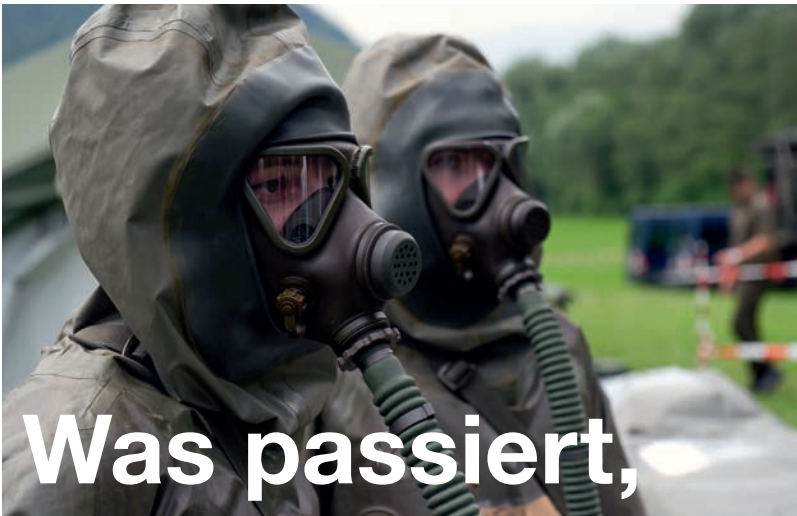
dürfen – unser Vorteil ist, wir agieren als Generalkonsulent – interdisziplinär und umfassend, und agieren stets im Sinne des Bauherrn und der Projektintention“, erläutert Christian Marintschnig, Geschäftsführer und Partner bei Vasko+Partner. Herausforderungen gab es in puncto Energieoptimierung, Ressourcenschonung, Abfallminimierung, notwendiger Recyclingkonzepte, Brandschutz- und Erdbebensicherheit sowie Nachhaltigkeitsanspruch. Auch dafür lieferte Vasko+Partner bereits ein Grundkonzept. Das Parlament erhält die Auszeichnung „klimaaktiv GOLD“ und „ÖGNB Gold“, welche erstmals für ein Gebäude mit besonders hohen Anforderungen an den Denkmalschutz vergeben wurden.



Christian Marintschnig ist Geschäftsführer und Partner bei Vasko+Partner.



VASKO+PARTNER
DER GENERALKONSULENT
www.vasko-partner.at



Vorbereitet. Maßnahmen zum Schutz vor Strahlung werden regelmäßig trainiert: „Da die Ereignisse so selten sind, müssen die Abläufe gut geübt werden“, sagt Expertin Kathrin Baumann-Stanzer.

Was passiert, wenn etwas passiert

National und international überwachen **Zivilschutz-einrichtungen** aktive Atomanlagen, wie etwa Kernkraftwerke. Bei einem nuklearen Ereignis werden Notfallketten in Gang gesetzt, um die Bevölkerung zu informieren und zu schützen.

Text: Ann-Marie Stark

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat in vielen Menschen die Angst vor atomaren Unfällen geweckt. Denn auf ukrainischem Gebiet sind vier Kernkraftwerke – Saporischschja, Riwne, Chmelnyzkyj und Mykolajiw – in Betrieb und damit von der Zerstörung durch die Kriegshandlungen bedroht. Dabei ist die Katastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986 noch in Erinnerung. Jene, die damals zu jung oder noch nicht auf der Welt waren, kennen die Geschichten: Kein Obst und Gemüse aus dem eigenen Garten essen, nicht in Sandkästen spielen, vorsichtig sein. Könnte sich ein solches Ereignis wiederholen und sogar noch schlimmere Auswirkungen haben?

INTERNATIONALE NETZWERKE

Seit dem Reaktorunfall in Tschernobyl hat sich der Katastrophenschutz stark weiterentwickelt. Als direkte Reaktion

auf das Ereignis wurde in Europa mit ECURIE ein Netzwerk eingerichtet, über das im Krisenfall Informationen weitergegeben werden. An dem Netzwerk nehmen alle EU-Mitgliedstaaten sowie die Schweiz teil – tritt ein unregelmäßiges Ereignis auf, ist das jewei-

„Die Kernkraftwerke in der Ukraine sind so weit von österreichischem Gebiet entfernt, dass selbst bei nachteiligen Wetterlagen ein Zeitverlauf von ein bis zwei Tagen bestehen würde.“

Kathrin Baumann-Stanzer
Abteilungsleiterin ZAMG

lige Land verpflichtet, die EU-Kommission und möglicherweise gefährdete ECURIE-Mitgliedstaaten umgehend zu informieren. In der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) ist zudem ein Notfallzentrum für die Koordination der Meldungen zuständig. Auch die aktuelle Situation in der Ukraine wird von der IAEA ständig überwacht. Nicht nur in Bezug auf Reaktorunfälle, sondern ebenso im Hinblick auf den Einsatz nuklearer Waffen.

Auf nationaler Ebene sind in Österreich mehrere Stellen aktiv: Neben dem Einsatz- und Krisencenter (EKC) des Bundesministeriums für Inneres ist die Abteilung Strahlenschutz im Bundesministerium für Klimaschutz (BMK) ein zentraler Kontaktpunkt für die IAEA. 20 Personen arbeiten dort an der Sicherheit von Mensch und Natur vor ionisierender – also radioaktiver – Strahlung. Neben dem Notfallschutz zählen unter anderem die Entsorgung radioaktiver Abfälle und die großräumige Umweltüberwachung von Boden, Pflanzen und Gewässern zu den Aufgaben der Abteilung. Dazu betreibt das BMK gemeinsam mit dem Umweltbundesamt ein Strahlenfrühwarnsystem, das an über 300 Orten in Österreich ständig die Radioaktivität in der Umwelt im Auge behält. „Jede Messwerterhöhung oder Störung wird



Relikt. 1986 war die Ukraine Schauplatz einer Reaktorkatastrophe mit weltweiten Auswirkungen. Tschernobyl hat das Risikobewusstsein von Generationen geprägt.

automatisch an den 24-Stunden-Bereitschaftsdienst übermittelt“, erklärt Abteilungsleiterin Verena Ehold. „So kann etwa durch starken Regenfall lokal eine kurzfristige Erhöhung der natürlichen Hintergrundstrahlung auftreten.“ Ebenso werden im Labor Lebensmittel und Trinkwasser regelmäßig auf ihren Radioaktivitätsgehalt untersucht.

Um nach einem Reaktorunfall zu berechnen, wann radioaktiv kontaminierte Luftmassen in Österreich eintreffen, arbeitet die Abteilung Strahlenschutz eng mit der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) zusammen. Diese stellt Berechnungen des Krisenmodellsystems TAMOS zur Verfügung, das nach dem Unfall in Tschernobyl entwickelt wurde. In der Fachabteilung Umweltmeteorologie simulieren Leiterin Kathrin Baumann-Stanzer und ihr Team damit die Ausbreitung von Luftmassen: „Die Modellergebnisse des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage liefern Prognosen für Wind und Niederschlag – diese sind wesentliche Größen

für radioaktive Ausbreitung“, sagt Baumann-Stanzer. Die Ausbreitung wird jeweils für die nächsten zwei bis drei Tage simuliert.

Zu Beginn des Krieges in der Ukraine wurde an der ZAMG ein vollautomatischer Prozess implementiert, bei dem TAMOS-Berechnungen für die vier im Land aktiven Kernkraftwerke angefertigt und an alle wesentlichen Entscheidungsträger geschickt werden. Eine wichtige Rolle bei der Risikoeinschätzung spielt die Entfernung: „Die radioaktive Luftmasse kann man sich als Wolke mit Luftpaketen vorstellen, die eine gewisse Menge radioaktiver Substanz beinhalten. Diese Luftpakete werden vom Wind bewegt und verdünnt, Niederschlag wäscht sie aus“, erklärt Baumann-Stanzer. „Die Kernkraftwerke in der Ukraine sind so weit von österreichischem Gebiet entfernt, dass selbst bei nachteiligen Wetterlagen ein Zeitvorlauf von ein bis zwei Tagen bestehen würde.“ Selbst dann wäre die Konzentration der Radioaktivität noch gering. Anders sähe es bei einem Unfall im tschechischen KKW Dukovany aus:

UNSICHTBARE GEFAHR

Gesundheitliche Folgen von Strahlung. Die Strahlenbelastung in Sievert.

0,15

Chromosomenschäden, geschädigte Spermien

0,3–0,7

Übelkeit, Kopfschmerzen

0,7–1,2

Erbrechen, verzögerte Wundheilung, geschwächte Immunabwehr

1,2–3

zusätzliche Schwäche, Infektionen, Fieber, Blutungen

ab 4

in 50 % der Fälle Tod nach 30 Tagen ohne Behandlung

ab 7

kaum Überlebenschancen



Grenzenlos. 1989 unterzeichneten der tschechische Außenminister Jaromir Johanes (l.) und sein österreichischer Amtskollege Alois Mock (r.) ein Abkommen über nukleare Sicherheit und Strahlenschutz.

„Bei ungünstiger Wetterlage könnte die Wolke schon nach zwei Stunden den Raum Wien erreichen“, erklärt Baumann-Stanzer.

Die in einem solchen Fall erforderlichen Prozesse werden regelmäßig durchgespielt. „Da die Ereignisse so selten sind, müssen die Abläufe gut geübt werden, damit es im Ernstfall funktioniert.“

Mit der Messung von Radioaktivität ist auch das Geschäftsfeld Strahlenschutz der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) beschäftigt: Im Auftrag der Bundesministerien für Klimaschutz sowie für Gesundheit betreibt die AGES ein laborgestütztes Überwachungsnetz. Dieses „ermittelt die Radioaktivität in Böden, Gewässern und der Atmosphäre, in Lebens- und Futtermitteln sowie im Trinkwasser“, sagt Christian Katzlberger, Leiter des Geschäftsfelds Strahlenschutz. „Dazu werden routinemäßig 2.500 Proben pro Jahr gezogen, in denen wir schon sehr geringe Mengen von Radioaktivität messen können.“ Anhand der Ergebnisse berechnen Expertinnen und Experten die Strahlenexposition der Bevölkerung in Österreich und bewerten mögliche gesundheitliche Auswirkungen.

„Unser Bereitschaftsdienst wird durch die internationalen Warnsysteme und durch inoffizielle Netzwerke benachrichtigt.“

Verena Ehold

Leiterin der Abteilung
Strahlenschutz im BMK

MASSNAHMEN IM ERNSTFALL

Doch was passiert im Notfall, etwa bei einem Kernkraftwerksunfall nahe Österreich? „Unser Bereitschaftsdienst wird durch die internationalen Warnsysteme und auch inoffizielle Netzwerke, wie Pressemeldungen, benachrichtigt“, erklärt Verena Ehold vom BMK. Dann werden die im gesamtstaatlichen Notfallplan vorgeschriebenen Notfallketten in Gang gesetzt. Die Entscheidungskompetenz liegt bei einem Atomunfall auf Bundesebene. Je nach Ausmaß sind unterschiedliche Schutzmaßnahmen er-

forderlich: Aufenthalt in Gebäuden, Einnahme von Kaliumjodid-Tabletten, landwirtschaftliche Maßnahmen, persönliche Schutzmaßnahmen sowie die spätere Dekontamination. Der ORF übernimmt dabei die Verbreitung von Informationen für die Bevölkerung, zusätzlich geben Sirenen entsprechende Signale. Der Großteil der Maßnahmen ist nur bei schweren, grenznahen KKW-Unfällen notwendig; wie lange die Maßnahmen aufrecht bleiben, hängt von der jeweiligen Situation ab.

Von der prophylaktischen Einnahme von Kaliumjodid rät das BMK in jedem Fall dringend ab, die Tabletten sind nur wirksam, wenn sie zum richtigen Zeitpunkt eingenommen werden. Falsch angewendet, können Nebenwirkungen überwiegen. Wichtig sind die Pillen im Ernstfall vor allem für Kinder, da diese sensibler auf radioaktive Strahlung reagieren und länger dem Risiko ausgesetzt sind, Krebs zu entwickeln. Aus diesem Grund ist gesetzlich vorgeschrieben, dass ausreichende Mengen für alle Schülerinnen und Schüler sowie das Lehrpersonal gelagert werden. Schulen können sich daher jederzeit in Apotheken versorgen. Die Einnahme darf allerdings nur nach expliziter Aufforderung durch die Behörden erfolgen. Als persönliche Schutzmaßnahmen sind etwa Spielsachen und Haustiere vor Eintreffen der Luftmassen in geschlossene Räume zu bringen und bei Kontamination zu waschen. Gemüse aus dem eigenen Garten sowie Beeren und Pilze aus dem Wald dürfen nach einem schweren, grenzna-



Notfall. Kaliumjodid-Tabletten sollten nicht vorsorglich eingenommen werden. Die Wirksamkeit ist vom richtigen Zeitpunkt abhängig.

hen Atomunfall nicht verzehrt werden. In der Landwirtschaft kommen eigene Maßnahmen zur Anwendung, etwa der Verschluss von Gewächshäusern und das Einbringen von Nutztieren in den Stall. Sind die radioaktiven Luftmassen weggezogen, erfolgt die Dekontamination: Gebäude, Straßen sowie Spielplätze werden gereinigt. Um den Konsum von kontaminierten Lebensmitteln auszuschließen, sind regelmäßige Proben von Lebens- und Futtermitteln vorgesehen.

Zur Situation in der Ukraine wird derzeit ein wöchentlicher Lagebericht der Abteilung Strahlenschutz an alle Ministerien, Länder sowie das Staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement (SKKM) zirkuliert. „Wir haben uns die Worst-Case-Szenarien angesehen: Das wäre in diesem Fall das ukrainische Kernkraftwerk Riwne, das am nächsten zu Österreich gelegen ist. Selbst wenn dort alle vier Reaktoren zerstört würden, im absolut unwahrschein-

Standort. Als Sitz der IAEA steht Wien – wie hier bei einer Pressekonferenz ihres Generaldirektors Rafael Grossi im April 2022 – immer wieder im Fokus der Weltöffentlichkeit.



lichen Fall der gesamte radioaktive Inhalt verfrachtet würde und mittelstarker Wind nach Österreich weht, dann hätten wir immer noch 24 Stunden Zeit, um zu informieren und Maßnahmen zu setzen“, sagt Verena Ehold. Aufgrund der Distanz käme es nur zu geringer Kontamination. Weder der Aufenthalt in Gebäuden noch die Einnahme von Kaliumjodid-Tabletten wäre notwendig, in bestimmten Gebieten und im Fall von Niederschlag wären jedoch persönliche und landwirtschaftliche Maßnahmen anzuwenden, so die

Abteilungsleiterin. Die wichtigste Maßnahme sei vor allem, Ruhe zu bewahren und die Informationen der Behörden zu verfolgen.



Strahlenschutz. Verlässliche Informationen zu Schutzmaßnahmen im Fall eines GAUs sowie zur korrekten Einnahme von Kaliumjodid-Tabletten finden sich auf der Website des Österreichischen Zivilschutzverbandes.

www.zivilschutz.at

Historische Substanz bewahren.

Begleitende Kontrolle der Parlamentssanierung

Interdisziplinär
International
Innovativ

www.ic-group.org





Siegfried Jachs leitet das Referat für Krisensicherheit, Katastrophenhilfe und Bevölkerungsschutz in der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit im Innenministerium.

Vorkehrungen für radiologische Notfälle

Seit dem Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl 1986 ist Strahlenschutz ein wichtiger Teil des Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements. Dabei arbeiten Bund, Länder und Einsatzorganisationen eng zusammen.

Radiologische Notfälle sind zwar sehr selten, aber nicht auszuschließen, wie Ereignisse in der Vergangenheit gezeigt haben. Aufgrund der Nähe zu Kernkraftwerken haben **Vorsorgen für radiologische Notfälle** in Österreich einen hohen Stellenwert. Seit dem Reaktorunfall in Tschernobyl ist Strahlenschutz ein wesentlicher Bereich im Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagement. Mit der Ukraine-Krise erhielt das Thema neuerlich Bedeutung und Aktualität.

Vorkehrungen für radiologische Notfälle bestehen aus mehreren Komponenten und basieren auf einem koordinierten Zusammenspiel der Akteure bei Bund, Ländern und Einsatzorganisationen. **Die Notfallplanung stellt auf verschiedene Szenarien ab**, zentral sind Vorsorgen für Ereignisse in Kernkraftwerken und kerntechnischen Anlagen, in Betracht kommen aber auch Abstürze von Satelliten mit radioaktivem Inventar oder kleinräumige Szenarien wie Transportunfälle.

Bei **Unfällen in Kernkraftwerken** mit möglicherweise grenzüberschreitenden Auswirkungen sind zunächst die rasche Erkennung und Frühwarnung entscheidend. Österreich ist hier in **internationalen Informationsabkommen und Alarmierungssysteme** eingebun-

den und hat zudem mit Nachbarstaaten bilaterale Informationsabkommen geschlossen. Sollte es im Ausland zu einem radiologischen Unfall kommen, hat das Unfallland andere Staaten so schnell wie möglich zu verständigen. In Österreich wird das Lagezentrum des Bundesministeriums für Inneres alarmiert, das umgehend das für Strahlenschutz zuständige Bundesministerium für Klimaschutz, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) sowie weitere Stellen informiert.

Entscheidungshilfesysteme gewährleisten eine rasche Abschätzung möglicher Auswirkungen auf der Grundlage von Wetterdaten sowie die umgehende Vorbereitung von Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung, sollten solche erforderlich sein. **Das österreichische Strahlenfrühwarnsystem** überwacht laufend die Umwelt auf Radioaktivität und ist mit den Systemen von Nachbarstaaten vernetzt, sodass auch Daten aus Überwachungssystemen im Umfeld Österreichs zur Lagebeurteilung herangezogen werden können. Sofern es in Österreich zu Kontaminationen kommt, wird die Datenlage durch Messungen und Probenahmen sowie durch Strahlenspürer der Polizei am Boden und in der Luft weiter verdichtet.

Auf Basis der Datenlage bewertet das BMK die Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen. **Unter Mitwirkung des Gesundheitsministeriums wird entschieden, welche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung notwendig sind.** Diese Entscheidungen werden umgehend über das Lagezentrum im BMI an die zuständigen Bundes- und Landesbehörden weitergeleitet, um Schutzmaßnahmen einzuleiten. Parallel findet eine Alarmierung der Bevölkerung über die Medien statt. Im Extremfall kann die Bevölkerung auch über das flächendeckende Warn- und Alarmsystem informiert werden.

Schutzmaßnahmen werden vom BMK empfohlen oder angeordnet, die Empfehlung zur Einnahme von Kaliumjodid-Tabletten obliegt dem Gesundheitsministerium. Die Koordination und Abstimmung der Schutzmaßnahmen erfolgt im Rahmen des Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements im Bundesministerium für Inneres, in das alle Ministerien, Bundesländer und Einsatzorganisationen eingebunden sind.

Sämtliche Abläufe sind in umfassenden gesamtstaatlichen Notfallplänen für verschiedene Szenarien festgelegt und werden auch **regelmäßig in nationalen und internationalen Übungen durchgespielt und getestet.**



Große Runde. Bei den Finanzausgleichsverhandlungen müssen die Interessen von vielen Playern aus Bund, Ländern und Gemeinden in Einklang gebracht werden.

Gute Freunde, strenge Rechnung

Der **Finanzausgleich** regelt die finanziellen Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und wird regelmäßig – alle vier bis sechs Jahre – neu verhandelt. Expertinnen und Experten fordern Reformen und drängen darauf, bei den nächsten Verhandlungen die großen Themen Klima und Energie anzupacken.

Text: Cornelia Ritzer

2.059 Gemeinden gibt es in Österreich: Die kleinste, die Tiroler Ortschaft Gramais, zählt 41 Einwohnerinnen und Einwohner, Wien ist mit einer Bevölkerung von rund 1,9 Millionen Menschen Österreichs größte Stadt. Trotz dieser Unterschiede haben Gramais und Wien gemeinsam, dass es da wie dort Müllabfuhr, Wasserver-

sorgung und Abwasserbeseitigung gibt und die Daseinsvorsorge gewährleistet ist. Zum funktionierenden Alltag in Österreich gehören auch Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen, Friedhöfe, öffentlicher Verkehr sowie Freizeitangebote wie Hallenbäder oder Büchereien.

Hier kommt der Finanzausgleich ins Spiel. Dieser ist laut Definition des



Finanzministeriums „die Regelung der finanziellen Beziehung zwischen den Gebietskörperschaften. Er wird zwischen den Finanzausgleichspartnern (Bund, Länder, Gemeinden) im Verhandlungsweg vereinbart und findet seinen Niederschlag in den auf einige Jahre befristeten Finanzausgleichsgesetzen.“

Die Aufteilung der öffentlichen Aufgaben sowie der staatlichen Einnahmen ist komplex. „Die Verteilung der Aufgaben und Ausgaben ist der sogenannte passive Finanzausgleich, die Verteilung der Einnahmen der aktive Finanzausgleich“, erklärt Ökonomin Margit Schratzenstaller vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Neben „dem großen Topf der Ertragsanteile, der Abgaben und der Transfers dazwischen gibt es noch andere Materien, die bestimmen, wie viel am Ende beim Bund, bei den Ländern und bei den Gemeinden bleibt“, sagt

„Die Befristung des Finanzausgleichs ist ein Vorteil, da auf Veränderungen von sozioökonomischen Rahmenbedingungen ohne Diskussion reagiert werden kann.“

Margit Schratzenstaller
WIFO

Karoline Mitterer, Koordinatorin für den Bereich Öffentliche Finanzen und Föderalismus beim KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung. Beispiele sind die ergänzenden 15a-Vereinbarungen (siehe Kasten) zwischen Bund und Ländern etwa zur Finanzierung der Kinderbetreuung, der Tagesbetreuung an Pflichtschulen und des Gesundheitsbereichs. Diese Punkte werden mit dem Verhandlungsergebnis im sogenannten „Paktum zum Finanzausgleich“ festgehalten.

BEFRISTUNG ALS BESONDERHEIT

Ein österreichisches Spezifikum ist die zeitliche Befristung dieses finanzpolitischen Instruments. „Andere Länder machen fallweise Reformen“, sagt WIFO-Expertin Schratzenstaller mit Blick auf Deutschland. „Verändern sich die Rahmenbedingungen zu sehr, kommt eine Reform.“ In Österreich sind die wiederkehrenden Verhandlungen institutionalisiert. Für die Ökonomin ist die Befristung ein Vorteil, „da auf Veränderungen von sozioökonomischen Rahmenbedingungen ohne Diskussion reagiert werden kann“. Die Befristung erlaube Flexibilität und Planungssicherheit – „ein guter Kompromiss“, findet Schratzenstaller.

Michael Getzner, Leiter des Forschungsbereichs Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik an der Technischen Universität (TU) Wien, hält die Befristung „dem Prinzip nach für gut, weil auf den Staat laufend neue Herausforderungen und Aufgaben zukommen oder sich Schwerpunkte ändern und finanziert werden müssen“. Als Beispiel nennt er den Klimaschutz: „Die Gebietskörperschaften erfüllen hier unterschiedliche Aufgaben, das muss finanziert werden“, so der Professor.

Der aktuelle Finanzausgleich – ursprünglich für die Periode 2017 bis 2021 verhandelt – wurde bis 2023 verlängert, um die Corona-Krisenbewältigung zu ermöglichen. In die Verhandlungen sind alle gebietskörperschaftlichen Ebenen eingebunden: Der Bund ist

DIE AUFTEILUNG DER FINANZMITTEL

Im Finanzausgleich wird festgelegt, wie die **Aufgabenlast unter den Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden verteilt wird**, wie sie zusammenarbeiten und welchen Anteil an den Steuereinnahmen sie im Gegenzug dafür bekommen.

In Österreich beruhen die Regelungen zum Finanzausgleich auf der Kompetenz- und Aufgabenverteilung im Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) und im Finanz-Verfassungsgesetz (F-VG 1948). Sie umfassen die **Verteilung der öffentlichen Abgabenerträge** auf die verschiedenen Gebietskörperschaften sowie **Maßnahmen zum Ausgleich der Finanzausstattung**. Auf Basis der Verhandlungsergebnisse wird ein zeitlich befristetes Finanzausgleichsgesetz beschlossen, in dem der Finanzausgleich für die aktuelle Periode geregelt wird.

ELEMENTE DES FINANZ-AUSGLEICHS

Ertragsanteile – zentral vom Bund eingehobene Abgaben, die auf Bund, Länder und Gemeinden aufgeteilt werden

Eigene Abgaben – Abgaben, die von Bund, Ländern und Gemeinden selbst eingehoben werden

Transfers – Kofinanzierungen und Zuschüsse zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

15a-Vereinbarung

Eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG ist eine vom Bund mit den Ländern oder von diesen untereinander geschlossene Vereinbarung.



Herausforderungen. Auf die Gemeinden warten große Aufgaben in Sachen Klimaschutz – die finanziert werden müssen. Expertinnen und Experten hoffen, dass das in den Finanzausgleichsverhandlungen thematisiert wird.

durch das Finanzministerium vertreten, die Bundesländer von den Landeshauptleuten beziehungsweise Finanzreferentinnen und -referenten, außerdem sind der Städte- und der Gemeindebund mit dabei. Die Verhandlungspartner „haben unterschiedliche Interessen, die im Prozess zusammenkommen“, erläutert Karoline Mitterer vom KDZ: Die Länder würden gegenüber dem Bund relativ geschlossen auftreten, wobei es oft Achsenbildungen gebe. Auf Gemeindeebene verfolgten allerdings der Städtebund und der Gemeindebund unterschiedliche Interessen – Ersterer vertritt die Städte, Letzterer kleinere, häufig ländlich geprägte Gemeinden.

VERSCHIEDENE INTERESSEN AN EINEM TISCH

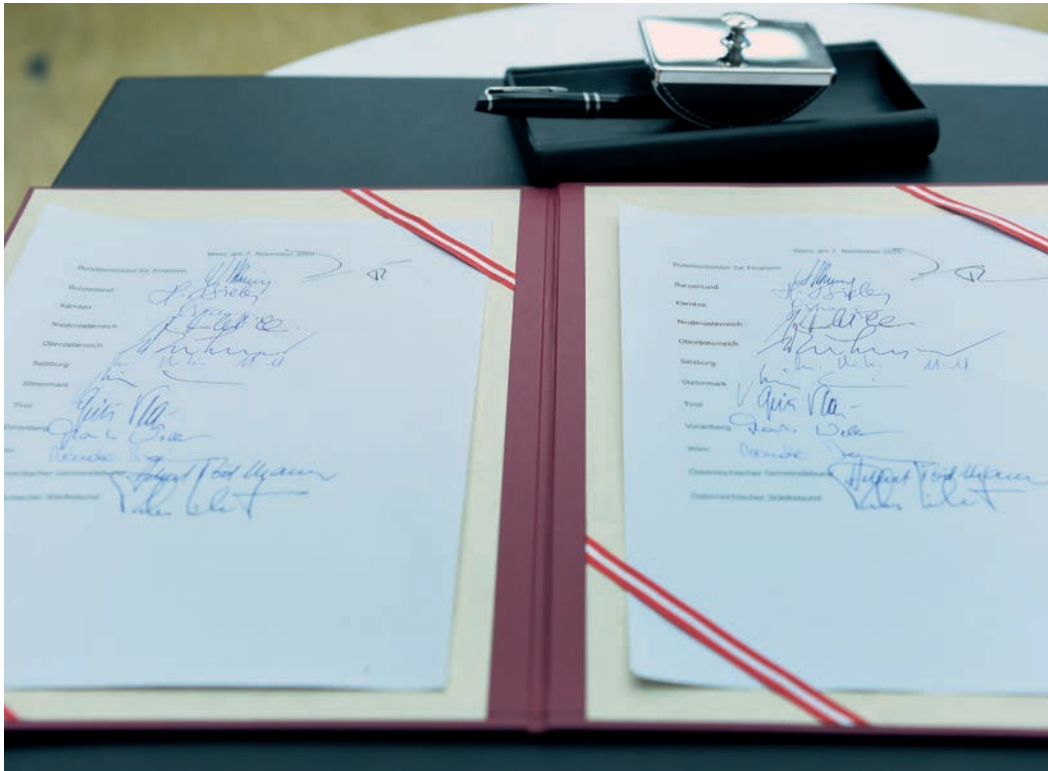
Im Vorfeld der Verhandlungen „werden die Claims abgesteckt und es wird darauf hingewiesen, welche zusätzlichen Aufgaben von welcher Gebietskörperschaft übernommen wurden“, sagt

Margit Schratzenstaller vom WIFO. Auch Michael Getzner beobachtet: „Die Interessen werden auf den Tisch gelegt, manchmal offener, manchmal weniger offen.“ Vor allem die Länder und Gemeinden müssen deutlich auf ihre Aufgaben aufmerksam machen, da ihre Budgets zu einem großen Teil aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sowie aus Transfers gespeist werden.

„Ich hoffe auf einen Fokus auf Klimaschutz und Biodiversität sowie die Senkung des Flächenverbrauchs. Denn das sind die großen in haltlichen Themen.“

Michael Getzner
Technische Universität Wien

Über die Wichtigkeit des Finanzausgleichs herrscht Einigkeit. Gleichzeitig gibt es Rufe nach Reformen. „Unser Institut ist heuer 50 Jahre alt“, berichtet TU-Professor Getzner über die Studienrichtung Raumplanung und Raumordnung. „Eines der ersten Forschungsprojekte Anfang der 1970er Jahre war zum Thema Finanzausgleich und Föderalismus. Schon damals wurde festgestellt, dass dieses System zu reformieren ist.“ Aus seiner Sicht müssten vor allem Grundsteuern und Vermögenssteuern „signifikant reformiert beziehungsweise eingeführt“ werden. 2017 schien es einen Anlauf zur Reform der Grundsteuer zu geben, „die Einrichtung einer Arbeitsgruppe hat uns gefreut“, so Getzner. Diese habe aber wegen Uneinigkeit frühzeitig ihre Treffen beendet. Auch sei der Finanzausgleich „Ausdruck der Verfassung eines föderalen Staatsaufbaus“. Die Folge seien „neun Bauordnungen und neun Naturschutzgesetze mit den Folgen Flächenfraß und unnötig viel Infrastruktur für Betriebsflächen, die lange leer stehen“. Getzners ➤



Wichtige Aufgaben. Alle vier bis sechs Jahre wird der Finanzausgleich beschlossen. Große Würfe erwarten sich Expertinnen und Experten von den aktuellen Verhandlungen jedoch nicht.

Schlussfolgerung: „Die Entscheidung, welche Fläche verbaut wird, ist auf der untersten Ebene nicht gut aufgehoben.“

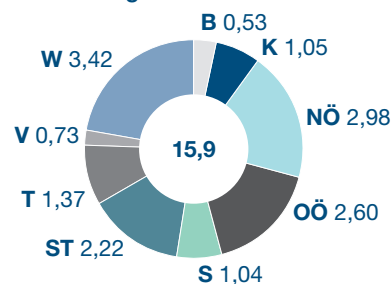
„Längst fällig“ ist die Grundsteuerreform auch für KDZ-Expertin Karoline Mitterer. Es gebe bereits neue Ideen für eine administrativ einfachere Umsetzung, diese müsste nur angestoßen werden. Ein Schwachpunkt des derzeitigen Systems ist für sie der abgestufte Bevölkerungsschlüssel: „Jede Gemeinde unter 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner bekommt – egal, welche Aufgaben sie erbringt – pro Kopf gleich viel.“ Das sei sachlich nur schwer argumentierbar, „weil es einen Unterschied macht, ob es sich um eine Gemeinde mit 500 oder mit 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern handelt. Es bestehen unterschiedliche Aufgabenniveaus.“

RUF NACH MEHR TRANSPARENZ

Außerdem gibt es laut Mitterer deutliche Transparenzmängel bei den Transfers zwischen Ländern und Gemeinden.

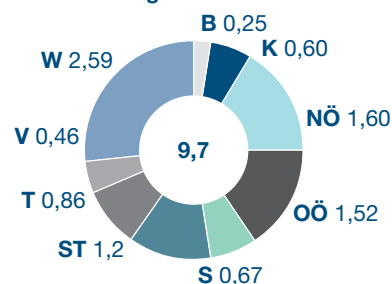
FINANZAUSGLEICH 2017 BIS 2021 (IN MRD. EURO*)

Aufteilung nach Bundesländern



+ 9,55 Mrd. Euro Bedarfszuweisung für Leistungen laut §15a (z. B. Pflege)

Aufteilung nach Gemeinden



+ 0,35 Mrd. Euro Bedarfszuweisung

„Hier fehlen schlicht die Daten und die Länder sind wenig auskunftsfreudig.“ Sie plädiert für eine Entflechtung, denn: „Die zahlreichen Transferzahlungen gefährden das finanzielle Gleichgewicht vieler Gemeinden, da diese Soziales und Gesundheit auf Landesebene kofinanzieren müssen.“ Die mangelnde Transparenz der Finanzströme ist auch für Margit Schratzenstaller ein Manko. „Es ist oft schwer, eine Gesamtschau darüber zu erhalten, wie und wie effizient die Mittel eingesetzt werden. Die Datengrundlagen zu verbessern wäre wichtig, um die Verhandlungen auf eine rationalere Grundlage zu stellen.“

Von den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen erhofft Michael Getzner sich einen Fokus auf die Themen Klimaschutz und Biodiversität sowie Senkung des Flächenverbrauchs: „Für mich wäre das ein Erfolg, denn das sind die großen inhaltlichen Themen.“ Mitterer sieht „auf allen Ebenen gute Argumente, warum die Gebietskörperschaften mehr Geld brauchen“, und erwartet gerade deshalb heiße Debatten:

„Es gibt deutliche Transparenzmängel bei den Transfers zwischen Ländern und Gemeinden. Hier fehlen schlicht die Daten und die Länder sind wenig auskunftsfreudig.“

Karoline Mitterer

Zentrum für Verwaltungsforschung

„Der Bund hat Schulden aufgenommen, um durch die Corona-Pandemie zu kommen, und aktuell haben wir eine Inflationskrise. Andererseits hatten Länder und Gemeinden durch die Pandemie sehr hohe Mehrausgaben.“

Doch die Erwartungen der Expertinnen und Experten sind gering. Für Margit Schratzenstaller vom WIFO war „das Auffallendste in den vergangenen Jahren, dass es keine großen Veränderungen gab“. Der Föderalismus sei insgesamt reformbedürftig, sagt sie, um „Doppelgleisigkeiten, Aufgabenüberschneidungen und den zu schwachen Zusammenhang zwischen Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortung auf Ebene der Länder und Gemeinden“ zu beenden. TU-Professor Getzner ist vorsichtig: „Man darf sich nicht erwarten, dass sich durch solche Verhandlungen große Sprünge er-

geben.“ Bei den Aufgaben ändere sich erstaunlich wenig: „Das System, welche Ebene unseres Staates wie viel Geld ausgibt, ist stabil“, stellt er fest. Diesen Eindruck teilt auch Finanzausgleichs-expertin Karoline Mitterer: „Es gibt in der Regel keine gravierenden Änderungen gegenüber dem Vorjahr.“ Sosehr also Reformen gefordert werden – dass sie im nächsten Finanzausgleich kommen, ist äußerst unwahrscheinlich.



Reform. Mehr Transparenz, mehr Zukunftsthemen – Expertinnen und Experten fordern immer wieder eine Reform des Finanzausgleichs. Das Bundesministerium für Finanzen (BMF) hat mehrere Studien dazu in Auftrag gegeben. www.bmf.gv.at

Stabilität & Sicherheit





goed.at



Jetzt Mitglied werden



**Umfassender
Rechtsschutz
für GÖD-
Mitglieder**



GÖD

GEWERKSCHAFT
ÖFFENTLICHER
DIENST

Gemeinsam jeden Tag
FÜR UNSERE REPUBLIK

„Die EU ist nie etwas Fremdes“

Der erfahrene Diplomat **Thomas Oberreiter** leitet seit November 2021 die Sektion III – Europa & Wirtschaft im Außenministerium, die sich als Vernetzungszentrale für EU-Themen versteht. Im Interview erzählt der Sektionschef, warum er als 27-Jähriger im Verhandlungsteam für den österreichischen EU-Beitritt dabei war, was Europa und Wirtschaft miteinander verbindet und welchen Stellenwert „ein gutes Maß an Neugierde“ in der Diplomatie genießt.

Text: Cornelia Ritzer **Fotos:** Franziska Liel

Herr Botschafter, was sind für Sie die stärksten Anknüpfungspunkte zwischen den Bereichen Europa und Wirtschaft?

Das eine ist ohne das andere nicht denkbar, heute noch weniger als früher. Wir in der Sektion III des Außenministeriums sind zuständig für Österreichs bilaterale Beziehungen zu den anderen EU- und EFTA-Staaten. Und für eine offene, exportorientierte Nation wie Österreich ist die Wirtschaftsdimension wesentlich. Wobei Wirtschaft im weitesten Sinn zu verstehen ist: Wir haben

Expertise zum Beispiel für Handelspolitik sowie für Energie-, Klima- und Verkehrspolitik.

Auch leben wir in einer zunehmend digitalen Welt, und unsere Sektion hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Tatsache stärker in die Diplomatie hereinzuholen. Tech Diplomacy und das Aufspüren neuer Trends ist ein großer Zukunftsbereich. Deshalb haben wir gemeinsam mit der Wirtschaftskammer ein Outlet, eine diplomatische Präsenz Österreichs, im Silicon Valley gegründet: Mit „Open Austria“, einem Gemeinschaftsprojekt der Außenwirtschaft Austria und dem Außenministerium, sind wir einer der ersten EU-Mitgliedstaaten, die so etwas geschaffen haben. Auch da ist der Konnex zwischen Wirtschaft und bilateralen Beziehungen zu anderen Staaten evident.

Wie gestaltet sich die ressortübergreifende Zusammenarbeit mit den Expertinnen und Experten anderer Ministerien?

Verschiedene Ressorts zu koordinieren, ist immer eine komplexe Aufgabe. Gleichzeitig ist allen Personen, die sich mit der EU befassen, bewusst, dass Ös-

terreich nur durch eine klare und einheitliche Position einen Impact erzielen kann. Dieses Denken macht es leichter, gemeinsame Positionen zu finden. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen sind sehr erfahren in Verhandlungen, und das prägt. Das macht das Arbeiten hier – in einer großen Sektion mit vielen unterschiedlichen Persönlichkeiten – zu einer großen Freude.

Die Sektion III hat gute Erfahrungen mit anderen Ressorts und wir bemühen uns auch, Dienstleistungsanbieter bei Vernetzungsthemen zu sein. In den vergangenen Monaten haben wir etwa die Serie „Policy Briefings“ gestartet, in der Expertinnen und Experten verschiedener Ressorts für interessierte Botschaften Vorträge halten und für Diskussionen zur Verfügung stehen. Das Angebot wird gut angenommen.

Vor Ihrer Funktion als Sektionsleiter waren Sie in verschiedenen diplomatischen Funktionen tätig. Welche Fähigkeiten und Ausbildungen sind für eine solche Karriere notwendig?

Ich habe sowohl fürs Außenministerium als auch fürs Bundeskanzleramt gearbeitet, auf Posten in Lateiname- ➤

„Allen Personen, die sich mit der EU befassen, ist bewusst, dass Österreich nur durch eine klare und einheitliche Position einen Impact erzielen kann.“



Vielleser. Seit November 2021 ist Thomas Oberreiter Leiter der Sektion Europa & Wirtschaft im Außenministerium. Privat und beruflich ist er ein passionierter Leser.



ZUR PERSON

Thomas Oberreiter ist Leiter der Sektion Europa & Wirtschaft im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA). Davor war er Kabinettschef von Außenminister Alexander Schallenberg sowie von Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein. Er promovierte 1992 zum **Doktor der Rechte** an der Universität Wien und absolvierte die **Diplomatische Akademie Wien**. Der gebürtige Oberösterreicher ist verheiratet und hat vier Kinder.

ein Vetorecht in Bezug auf Positionen, die man nicht will?

Wenn man eine Leitungsposition anstrebt, kann man mit einer Bewerbung etwas lenken. Aber meine erste Verwendung in Mexiko beispielsweise war weder angestrebt noch geplant. Doch es hat mir dann wahnsinnig gut gefallen und ich war traurig, dass es nach einem halben Jahr wieder zu Ende war.

Im Alter von 27 Jahren waren Sie Mitglied der Verhandlungsteams für den österreichischen EU-Beitritt. Heute würde man sich über junge Expertinnen und Experten nicht mehr wundern – war es damals etwas Außergewöhnliches?

Ich kam 1992 ins Außenministerium, 1993 haben die Beitrittsverhandlungen begonnen und man war auf der Suche nach jungen Kolleginnen und Kollegen, die bereit sind, viel Herzblut zu investieren. Es war ein schöner Zufall, dass ich die Chance bekommen habe. Jede Organisation, gerade ein Ministerium und die Diplomatie, lebt vom Engagement der Jungen und von neuen Ideen, von der Dynamik eines Teams. Das war früher nicht anders als heute. Damals waren die Zeiten hierarchischer, aber gute Chefinnen und Chefs sehen, dass man Junge fördern muss. Das ist mir bis heute ein Vorbild geblieben.

rika und Europa. Zwei Kontinente, zwei Arbeitgeber, manchmal mit extrem kurzen Vorlaufzeiten. Viele meiner Posten waren nicht planbar, wie etwa jener für die österreichische Übergangsregierung 2019/2020: Ich hatte eine Woche Zeit, um von Brüssel nach Wien zu übersiedeln. Wichtig in diesem Job ist also Flexibilität. Man muss bereit sein, schnell seine Zelte abzubauen und woanders wieder aufzuschlagen. Es gibt für Diplomateninnen und Diplomaten keinen Versetzungsschutz, das ist natürlich eine Herausforderung für die Familien.

Eine wichtige Voraussetzung ist auch eine breite Vorbildung inklusive

Sprachkenntnissen. Die Diplomatische Akademie in Wien ist eine gute Ausbildungsstätte, die das Basiswissen mitgibt.

Und das vielleicht Wichtigste ist ein gutes Maß an Neugierde. Wir rotieren normalerweise alle vier Jahre auf einen neuen Posten, man ist selten Expertin oder Experte, sondern muss bereit sein, etwas Neues zu lernen. Was liegt hinter der nächsten Grenze, hinter der nächsten Verhandlungsposition meines Gegenübers – daran muss man interessiert sein.

Sie haben den fehlenden Versetzungsschutz angesprochen. Gibt es

REDIGIEREN WIE EIN PROFI

Das Redigieren von Texten ist eine essenzielle Aufgabe im Journalismus, um für Leserinnen und Leser verständliche Beiträge zu gestalten und die journalistische Sorgfaltspflicht einzuhalten.

Immer wieder kommt es im redaktionellen Umfeld vor, dass ein Text trotz Briefings (Einweisung in die Aufgabenstellung) nicht den Anforderungen entspricht. Mit diesen Tipps redigieren Sie richtig.

DIE KORREKTE VORGEHENSWEISE BEIM REDIGIEREN

Egal ob Interview, Reportage oder Produktbeschreibung – die Methode des Redigierens ist dieselbe. Und Sie werden merken, dass Redigieren weitaus mehr als das bloße Ausbessern von Grammatikfehlern ist! Wer redigiert, nimmt die Rolle der ersten Leserin oder des ersten Lesers ein. Stolpern Sie dabei über eine Formulierung, wird es vielen anderen Leserinnen und Lesern ebenso ergehen.

- **Durchlesen:** Lassen Sie den Text auf sich wirken und gewinnen Sie einen ersten Überblick über Struktur, Stil und Sprache.
- **Faktencheck:** Das gehört zur journalistischen Sorgfaltspflicht. Die Prüfung wird einfacher, wenn Recherche-Quellen am Ende des Textes angeführt sind. Auch muss geklärt werden, ob Zitate von Interviewpartnerinnen und -partnern freigegeben wurden.
- **W-Fragen:** Was, wer, wo, wann, wie und warum – diese Fragen dürfen nach dem Lesen nicht offenbleiben. Tun sie es doch, muss die redigierende Person das anzeichnen.



Verbessern. Ein guter Text macht Lust aufs Lesen und lässt keine Fragen offen. Mängel und inhaltliche Unsicherheiten können beim Redigieren aus dem Weg geräumt werden.

- **Die Struktur des Textes:** Hier müssen Redigierende eventuell eingreifen und einen verständlichen Aufbau im Text schaffen, Überflüssiges streichen und Wichtiges an den Anfang stellen.
- **Sprache und Stil:** Ob ein Text stilistisch gefällt, ist oft Geschmacksache. Doch wie beim Inhalt gilt auch hier: Missverständliche Formulierungen ändern, auf kurze Sätze achten und Fremd- sowie Füllwörter vermeiden. Ein aktiver Stil regt zum Weiterlesen an.

Das Redigieren nimmt oft viel Zeit in Anspruch. Wer jedoch konstruktiv Kritik übt und gut erklären kann, weshalb etwas im Text geändert wurde, hilft Autorinnen und Autoren, ihre Texte in Zukunft besser zu gestalten.

FUNDIERT. RELEVANT. WIRKSAM.

Sie wollen mehr wissen? Sie wollen ein Magazin, einen Blog oder einen Podcast realisieren? Die **Content Agentur Austria** ist dafür die richtige Ansprechpartnerin. Unsere Spezialistinnen und Spezialisten unterstützen Ihre Behörde oder Ihr Unternehmen nicht nur dabei, komplexe rechtliche oder technische Inhalte verständlich aufzubereiten. Wir entwerfen auch maßgeschneiderte **Content-Lösungen** für Magazine, Reports, Blogs, Podcasts oder Newsletter und setzen diese in hoher Qualität um. Zu unseren Kundinnen und Kunden zählen öffentliche Einrichtungen genauso wie Player aus der Privatwirtschaft. Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme unter: www.contentagenturaustria.at oder



contentagenturaustria

Eine Agentur der Wiener Zeitung Mediengruppe

„Wie wertvoll das Friedensprojekt Europa ist – und wie wenig selbstverständlich –, hat uns der russische Angriff auf die Ukraine deutlich vor Augen geführt.“

Sie waren dienstlich viel in Brüssel und gelten als ausgewiesener EU-Experte. Inwiefern hat diese frühe berufliche Erfahrung bei den EU-Beitrittsverhandlungen Ihre Haltung zur EU geprägt?

Es verwundert mich manchmal heute noch, wie sehr sie mich geprägt hat. In gewisser Regelmäßigkeit kommt in der öffentlichen Debatte „Brüssel“ oder „die EU“ vor, damit ist fast immer etwas Österreich Entgegengesetztes gemeint. Das tut mir nach wie vor weh. Denn für mich ist die EU nie etwas Fremdes, sondern etwas, das man mitgestaltet und mitverantwortet.

Beobachten Sie einen Wandel in der Einstellung der österreichischen Bevölkerung zur EU?

Nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen 1994 wurde ich nach Mexiko versetzt und habe auf der anderen Seite des Atlantiks gespannt auf das Ergebnis der Volksabstimmung gewartet. Die Zweidrittelmehrheit für den EU-Beitritt hat mich sehr gefreut. Sieht man sich die Umfragen der vergangenen 25 Jahre an, gibt es nach wie vor eine kleine EU-ablehnende oder -kritische Minderheit – und eine sehr solide Mehrheit, die weiß, was sie an der Europäischen Union hat. Nur hört man von dieser wenig.

Größere Sorgen hat mir gemacht, dass die EU mit der Zeit als Selbstläufer betrachtet wurde, dessen Vorteile man gerne annimmt, aber nicht wirklich schätzt. Die Krisen der letzten Jahre haben das vorerst erledigt: Wie wertvoll offene Grenzen sind, hat uns schon Corona gezeigt. Wie wertvoll das

Friedensprojekt Europa ist – und wie wenig selbstverständlich –, hat uns der russische Angriff auf die Ukraine deutlich vor Augen geführt. Und vergessen wir nicht: Die ukrainische Stadt Uschgorod liegt näher an Wien als Bregenz, der Krieg ist in unsere Nachbarschaft zurückgekehrt. Inzwischen ist also eindrucksvoll bewiesen, warum wir die EU brauchen. Egal wie groß ein Land ist, keines stemmt die Herausforderungen der heutigen Zeit allein.

Hat sich aus Ihrer Sicht die Kommunikation über die Vorteile der EU verbessert, oder braucht es noch mehr Maßnahmen?

Es gibt das Projekt der Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte in allen Bundesländern, von großen Städten bis zu kleinen Gemeinden, wo Personen dafür zuständig sind, Europa zu erklären. Das Projekt wurde im Außenministerium entwickelt und ist

3 FRAGEN, 3 ANTWORTEN

Welches Buch haben Sie zuletzt gelesen?

Passend zur eben beginnenden tschechischen EU-Ratspräsidentschaft: Die Václav-Havel-Biografie von Michael Žantovský, einem tschechischen Berufskollegen. Ich bin ein Vielleser mit einer großen Bibliothek, und das rächt sich immer, wenn eine Übersiedlung ansteht, denn nichts ist so schwer wie Papier.

Bei welcher Musik können Sie sich entspannen?

Ich oszilliere zwischen zwei einander ziemlich fremden Welten: Bach und Blues. Alles, was mit B beginnt.

Haben Sie ein berufliches Erfolgsrezept?

Nicht eines – es gibt viele. Jeder muss das für sich passende und richtige finden.

heute im Bundeskanzleramt angesiedelt. Dass wir direkt bei den Menschen sind, ist ein österreichisches Spezifikum. Es gibt also keine Notwendigkeit, jemandem auf den Leim zu gehen, der einen „Sündenbock Brüssel“ konstruieren will. Ein kurzes Gespräch oder zwei Klicks auf einer vernünftigen Website machen dagegen immun.

Eine große Herausforderung ist der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Die EU zeigt sich solidarisch mit der Ukraine, seit Ende Juni ist das Land EU-Beitrittskandidat. Was ist der Standpunkt Österreichs dazu?

Wir unterstützen den Beschluss, der Ukraine den Kandidatenstatus zu geben. Wir begrüßen auch das klare europäische Bekenntnis der Ukraine, und solange es notwendig ist, werden wir das Land solidarisch unterstützen. Auf der anderen Seite muss klar sein, dass die Verleihung des Kandidatenstatus der erste Schritt auf einem sehr langen Weg ist. Wie man EU-Mitglied wird, ist im EU-Vertrag festgelegt. Es gibt genaue Regeln und Bedingungen, aber keine Abkürzungen.

Österreich ist ein starker Unterstützer der EU-Erweiterung auf dem Westbalkan. Was würde ein beschleunigter EU-Beitritt der Ukraine für die Westbalkan-Staaten bedeuten?

Die Unterstützung der Ukraine darf nicht dazu führen, dass es Beitrittskandidaten erster und zweiter Klasse gibt. Manche Staaten auf dem Westbalkan warten seit 15 Jahren auf den Kandidatenstatus, und das ist aus Sicht Österreichs kein tragbarer Zustand. Die Integration aller Westbalkan-Staaten bleibt eine außenpolitische Priorität Österreichs, gerade auch von Außenminister Alexander Schallenberg. Die Staaten sind wirtschaftlich, kulturell, historisch und menschlich eng mit uns verbunden. Eine gute halbe Million Menschen, die in Österreich leben, haben ihre Wurzeln auf dem Westbalkan. Es ist im Interesse Österreichs und ein wesentlicher Faktor für die Stabili-



Flexibilität. Thomas Oberreiter gilt als ausgewiesener EU-Experte. Zum Berufsbild des Diplomaten gehört Flexibilität – denn oft sind rasche Wohnortwechsel notwendig. Eine Konstante in den Büros ist das markante Kunstwerk seines Bruders.

tät und wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region, dass die Europa-Perspektive der Westbalkan-Staaten glaubhaft und greifbar bleibt. Daran arbeiten wir in der Sektion III.

Sie repräsentierten Österreich als Stellvertretender Ständiger Vertreter bei der EU, das Gremium befasste sich mit Vorschlägen aus den Bereichen Umwelt, Landwirtschaft und Energie. All diese Themen haben an Bedeutung gewonnen. Was sind die dringendsten Handlungsfelder?

Während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2018 habe ich als Vertreter der EU-Mitgliedstaaten an dutzenden Verhandlungstreffen mit dem Europäischen Parlament teilgenommen. Schon damals waren die wichtigsten Themen Energie und Klima sowie die Frage, wie Energiepolitik mit einer modernen Klimapolitik zusammenpasst. Genau diese Themen beschäftigen uns jetzt in einer viel größeren Schärfe: Wie stellen wir die

Gas- und Ölversorgung sicher, und wie passt das mit unseren Klimazielen und der angestrebten CO₂-Reduktion zusammen? Das ist eine Herausforderung, vor der die ganze EU steht.

In diesem Zusammenhang ist uns auch die traditionelle österreichische Anti-Atomkraft-Politik wichtig. Wir sind strikt dagegen, dass die Nuklearenergie eine Renaissance erlebt, aber in Teilen Europas gibt es solche Bestrebungen. Da muss man dagegenhalten und immer wieder neue Verbündete suchen.

Nachhaltigkeit, Konnektivität und Innovation sind Teil der Arbeit der Sektion III. Wie werden Österreich und Europa nachhaltiger, digitaler und moderner?

Ich habe bereits unsere diplomatische Präsenz im Silicon Valley, „Open Austria“, erwähnt. Im Bereich der Tech Diplomacy sehe ich eine der größten Herausforderungen, aber auch Chancen für das Außenministerium.

Generell wollen wir hinsichtlich In-

novation und Wirtschaft ein noch stärkerer Partner für österreichische Unternehmen werden. Das vor einem Jahr gestartete Programm „ReFocus Austria“ unterstützt mit unserem weltweiten Netz von Vertretungsbehörden gezielt die österreichische Wirtschaft. Ursprünglich, und wiederum gemeinsam mit der Wirtschaftskammer, war das Programm nur für ein Jahr geplant, doch dieser globale Outreach hat sich so sehr bewährt, dass wir nun eine Neuauflage starten.



Bürger*innen. Derzeit sind über 1.100 Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte in allen Bundesländern aktiv und bringen Europa-Themen zu den Menschen. Das Modell wird künftig auch in anderen EU-Ländern umgesetzt. www.brmeia.gv.at/themen/europapolitik/europa-gemeinderatinnen/

Österreichs Weg ins Zentrum Europas

Seit 1995 ist Österreich **Mitglied der Europäischen Union**. Dem sogenannten „Brief nach Brüssel“ mit dem Beitrittsansuchen Österreichs und dem **EU-Beitritt** gingen wichtige historische Schritte voraus.

Text: Cornelia Ritzer

Österreich war Gründungsmitglied der am 4. Jänner 1960 ins Leben gerufenen **Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA)** – die erste Etappe der europäischen Integration Österreichs. Am 1. Jänner 1973 trat dann das **Freihandelsabkommen** zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Kraft. Als Teil der Europäischen Gemeinschaften war die **EWG** eine Vorgängerorganisation der heutigen EU. Damals hatte sie neun Mitglieder. Schließlich stellte Österreich 1989 das formelle **Beitrittsansuchen** an die Europäischen Gemeinschaften.

66,58%

66,58 PROZENT ZUSTIMMUNG

Vertreten durch **Außenminister Alois Mock**, übermittelte Österreich am 17. Juli 1989 den „**Brief nach Brüssel**“ an den Vorsitzenden des Außenministerrates der Europäischen Gemeinschaften, Roland Dumas. Darin suchte die Regierung formell um die **Aufnahme Österreichs in die EG** an. Am **31. Juli 1991** folgte die Antwort der Europäischen Kommission, die Aufnahme Österreichs wurde befürwortet. Am **1. Februar 1993** begannen die **formalen Beitrittsverhandlungen** – zeitgleich mit **Schweden** und **Finnland**, sowie wenig später auch mit **Norwegen**. Norwegen konnte wegen eines **negativen Votums der Bevölkerung** schließlich nicht beitreten. Nach einem positiven **Abschluss der Beitrittsverhandlungen** fand am 12. Juni 1994 die notwendige Volksabstimmung ab: **66,6 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher stimmten für den EU-Beitritt**.



GEMEINSAME WÄHRUNG

In den letzten 25 Jahren gab es neben geografischen Veränderungen auch eine Reihe von Reformen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die herausragendste stellt die gemeinsame Währung dar: Österreich führte am **1. Jänner 2002** gemeinsam mit elf weiteren EU-Mitgliedstaaten den **Euro als Währung** ein.

WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN ÖSTERREICHS MIT EUROPA

Die **bedeutensten Handelsbeziehungen** unterhält Österreich mit Deutschland. Unter den zehn wichtigsten Handelspartnern im **Exportsektor** fanden sich 2021 neben Deutschland noch fünf weitere EU-Staaten: **Italien, Polen, Frankreich, Ungarn und die Tschechische Republik**.

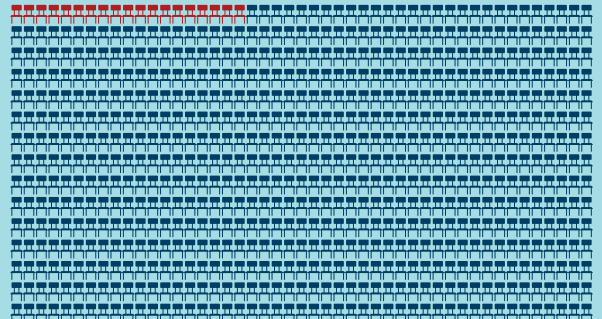
Top 10 Warenaußenhandel

- | | |
|--|---|
| 1  Deutschland | 6  Frankreich |
| 2  Italien | 7  Ungarn |
| 3  USA | 8  Tschechien |
| 4  Schweiz | 9  China |
| 5  Polen | 10  UK |

27 MITGLIEDSTAATEN

Als Österreich **1995 der EU beitrat**, wuchs die Anzahl der Mitgliedstaaten auf 15. Heute hat die Europäische Union **27 Mitglieder**: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, die Slowakei, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. **Das Vereinigte Königreich (UK)** ist am 31. Jänner 2020 **nach 47 Jahren aus der EU ausgetreten**.

ÖSTERREICH UND DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT



Das Europäische Parlament besteht aus 705 Abgeordneten. Die Mitgliedstaaten entsenden je nach ihrer Größe **mindestens sechs und maximal 96 Abgeordnete**. Die Bevölkerung Österreichs ist **aktuell mit 19 Abgeordneten** im Europäischen Parlament vertreten.

2%

BEVÖLKERUNGSANTEIL

Der Anteil der Österreicherinnen und Österreicher an der EU-Gesamtbevölkerung beträgt rund **2,0 Prozent**, zum Zeitpunkt des Beitritts waren es **1,9 Prozent**.

EU-ERWEITERUNG

Im Rahmen des Erweiterungsprozesses nimmt die EU **neue Mitglieder** auf, sobald diese bestimmte demokratiebezogene und wirtschaftliche **Voraussetzungen erfüllt** haben. Den **offiziellen Status eines Beitrittskandidaten** haben derzeit **Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und die Türkei**. Am 23. Juni 2022 haben die EU-Führungsspitzen auch der **Ukraine** den Status eines Beitrittskandidaten sowie **Moldau** den Status eines EU-Bewerberlandes zuerkannt.

Lebensraum Österreich

Was hat der tiefste Punkt Österreichs im burgenländischen Seewinkel mit dem höchsten Gipfel des Landes, dem Großglockner, gemeinsam? Beide sind Teil von **Nationalparks**, hinter denen mehr steckt als bloß schöne Landschaft.

Text: Rainer Brunnauer-Lehner



Vielfalt. Schutzgebiete sind besonders für die Artenvielfalt wichtig. Dem Menschen bieten sie neben Erholungsraum auch die Möglichkeit, über die Natur zu lernen.



Die insgesamt sechs heimischen Nationalparks repräsentieren die geballte Vielfalt Österreichs: Von der Steppe der Pannonischen Tiefebene über die Feuchtgebiete der Donau-Auen bis ins Hochgebirge der Ostalpen. Doch ein Nationalpark ist weit mehr als ein landschaftlich markantes Gebiet oder eine regionale Marke. Genau genommen kann ein Staat zwar nach Belieben Schutzgebiete ausweisen, ob sie aber international als Nationalpark anerkannt werden, darüber wacht die IUCN. Die International Union for Conservation of Nature and Natural Resources teilt Schutzgebiete

auf der ganzen Welt nach den Zielen ein, die damit verfolgt werden, und danach, wie stark der Mensch in die ausgewiesenen Flächen eingreift. Die Organisation unterscheidet dabei zwischen sechs Kategorien. Die strengste davon (Kategorie I) wird auch als Wildnisgebiet bezeichnet. Diese Gebiete dienen hauptsächlich dem Schutz und der Forschung, werden sonst aber weitgehend sich selbst überlassen und vor jeglichem Eingriff bewahrt. Schutzgebiete der Kategorie II dienen zusätzlich Erholungszwecken und werden Besucherinnen und Besuchern zugänglich gemacht. Sie entsprechen dem, was allgemein als Nationalpark verstanden wird.

WANN DER MENSCH EINGREIFT

Die Nationalparks Thayatal, Donau-Auen, Neusiedler See – Seewinkel, Gesäuse, Kalkalpen und Hohe Tauern erfüllen alle strengen Auflagen der IUCN: „Hier wird vom Menschen nur eingegriffen, wenn dies dem Erhalt von Lebensraum und dem Schutz von Ökosystemen dient“, sagt Christian Übl, Obmann des Dachverbands Nationalparks Austria. „Eine Almwiese ist beispielsweise keine unberührte Natur. Der Mensch hat sie geschaffen und pflegt er sie nicht, wächst sie zu und verschwindet. Trotzdem gibt es Tiere und Pflanzen, die nur in dieser sanften Kulturlandschaft leben und im Rahmen des Nationalparks schützenswert sind“, erklärt Übl. Er ist auch Direktor des Nationalparks Thayatal, wo zu den Maßnahmen der Nationalparkverwaltung unter anderem das Entfernen von




Nationalpark
Kalkalpen
Fläche Hektar
20.850
Gründung
1997
Bundesland
Oberösterreich
Besonderheit
Hier lebt die einzige
Luchspopulation Österreichs.

eingeschleppten Pflanzen (Neophyten) zählt, die heimische Arten sonst verdrängen würden. „Außerdem versuchen wir, Einflüsse von außen auf die Nationalparks zu managen“, sagt Übl. Dazu gehören etwa schwankende Wasserstände durch Wasserkraftwerke oder unerwünschter Nährstoffeintrag durch Düngung auf benachbarten Flächen.

LEBENSRAUM IM FÖDERALISMUS

Während in vielen Staaten die Bewahrung der Natur als nationale Aufgabe gesehen wird, sind in Österreich die Bundesländer für den Naturschutz verantwortlich. Aufgrund der Bedeutung der Nationalparks arbeiten Bund und Länder aber zusammen und teilen sich die Kosten für Errichtung und Betrieb. Symbolisch für die Zusammenarbeit steht die Vereinbarung von Heiligenblut im Jahr 1971, in der die Landeshauptleute von Kärnten, Salzburg und Tirol die Errichtung eines großen Schutzgebietes festschrieben. Zehn Jahre später machte Kärnten mit seinem Teil des




Nationalpark
Hohe Tauern
Fläche Hektar
185.600
Gründung
1981
Bundesland
Kärnten,
Salzburg,
Tirol
Besonderheit
Beheimatet mit 15.000 Tierarten
rund ein Drittel der in Österreich
nachgewiesenen Spezies.



Ortskundig. Zu den Aufgaben der Nationalparks zählt unter anderem die Wissensvermittlung. Rangerinnen und Ranger begleiten und unterstützen beim Entdecken der Schutzgebiete.

Nationalparks Hohe Tauern den Anfang und schränkte die Erschließung alpiner Flächen für den Skibetrieb sowie die Energiewirtschaft im betroffenen Gebiet ein.

Die Nationalparks sind als Unternehmen, Verein oder Körperschaft öffentlichen Rechts organisiert, ihre Rahmenbedingungen und Bewirtschaftung sind jedoch alle in entsprechenden Landesgesetzen festgelegt. Neben Schutzmaßnahmen und dem Interessenausgleich zwischen Naturschutz, Grundeigentümern, Wirtschaft und öffentlicher Hand gehören die Erhaltung von Erholungsräumen sowie Wissensvermittlung und Forschung zu ihren Aufgaben.

Denn die Schutzgebiete spielen nicht nur für die Erforschung bedrohter Tier- und Pflanzenarten eine wichtige Rolle. Sie sind selbst ein spannender Forschungsgegenstand: Wie wirkt sich zum Beispiel ein Schutzgebiet auf die Biodiversität außerhalb seiner Grenzen aus? Welche Bedeutung Schutzgebiete haben und welchen Beitrag sie zum Kampf gegen das Artensterben



Nationalpark
Gesäuse
Fläche Hektar
12.383
Gründung
2002
Bundesland
Steiermark
Besonderheit

Über 200 bisher entdeckte
endemische Arten, diese kommen
also nur hier vor.



Nationalpark
Donau-Auen
Fläche Hektar
9.615
Gründung
1996
Bundesland
Niederösterreich,
Wien
Besonderheit

Die letzte große Fluss-
landschaft Mitteleuropas.

„Strenge Schutzgebiete sind das Einzige, was rasch gegen das Artensterben hilft.“

Thomas Wrбка
Universität Wien

leisten, steht im Fokus eines internationalen Forschungssymposiums, das von Nationalparks Austria veranstaltet wird. Die Konferenz findet heuer zum siebten Mal statt und steht diesmal unter dem Motto „Der Biodiversitätskrise begegnen“.

Neben 140 angemeldeten wissenschaftlichen Beiträgen werden 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der ganzen Welt erwartet: „Strenge Schutzgebiete sind das Einzige, was rasch gegen das Artensterben hilft. Insofern haben wir die Hoffnung, mit dem Forschungssymposium ein Stück weit auch die Bedeutung von Nationalparks und vergleichbaren Flächen stärker ins öffentliche Bewusstsein zu bringen“, sagt Thomas Wrбка von der Universität Wien, der die Konferenz organisiert. Das Forschungssymposium sei auch deshalb etwas Einzigartiges in Europa, weil die Initiative dafür von den Nationalparks ausgehe.

CHANCEN UND KRISEN

Neben aktuellen Herausforderungen für die Artenvielfalt wie dem Klimawandel, intensiver Landwirtschaft, der Zersiedelung und dem demografischen Wandel, die Ökosysteme zunehmend belasten, gibt es auch positive Entwicklungen. Mit dem European Green Deal will die Europäische Kommission dem Artensterben und der Klimakatastrophe entgegenwirken. Demnach sollen künftig mehr Flächen nicht mehr intensiv genutzt werden. „Wie Trittsteine durch einen Fluss soll dadurch ein grüner Korridor die Lebensräume von Schutzgebieten wie Nationalparks quer über den Kontinent verbinden“, sagt Christian Übl. Ein Punkt im Green Deal betrifft die Ausweitung von Schutzgebieten: Bis 2030 sollen zehn Prozent der gesamten Fläche Europas durch ebenso strenge Auflagen wie Nationalparks




Nationalpark
Thayatal
Fläche Hektar
1.360
Gründung
2000
Bundesland
Niederösterreich
(7.700 ha auf tschechischer Seite)
Besonderheit
Einer der letzten Rückzugsorte der Europäischen Wildkatze und Lebensraum für 44 % der heimischen Pflanzenarten.




Nationalpark
Neusiedler See – Seewinkel
Fläche Hektar
9.673
Gründung
1993
Bundesland
Burgenland
Besonderheit
Die salzhaltigen und regelmäßig ausgetrockneten Sodalacken sind wertvolles Brutgebiet und wichtiger Rastplatz für Vögel.



Informationen. Wer mehr über die einzelnen Nationalparks wissen will oder einen Ausflug dorthin planen möchte, findet Informationen und das Angebot von Rangerinnen und Rangern auf der Website des Dachverbands Nationalparks Austria.
www.nationalparksaustria.at



Hochkarätig. Bei der Konferenz zur Gründung der Internationalen Anti-Korruptionsakademie in der Hofburg 2010 sprach auch der damalige UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon.

Korruptionsbekämpfung ist eine Generationenaufgabe

Die **Internationale Anti-Korruptionsakademie (IACA)** mit Sitz im niederösterreichischen Laxenburg bietet seit 2011 Ausbildungsprogramme zur Korruptionsbekämpfung an. Über die Herausforderungen bei der weltweiten Verfolgung illegaler Geldflüsse spricht Dekan Thomas Stelzer im Interview.

Text: Andrea Sturm

Ihre Doppelfunktion als postsekundäre Bildungseinrichtung und internationale Organisation im völkerrechtlichen Sinn eröffnet der Institution ein breites Wirkungsfeld. Dennoch hatte die IACA lange mit Finanzierungsproblemen zu kämpfen. Thomas Stelzer, der das Amt des Dekans im Februar 2020 angetreten war, brauchte all seine juristische und diplomatische Erfahrung, um die Akademie auf einen neuen, zukunfts-fähigen Kurs zu bringen.

Für Stelzer, der zuvor unter anderem Beigeordneter Generalsekretär in der Abteilung für Wirtschafts- und Sozialfragen bei den Vereinten Nationen in New York und Ständiger Vertreter Österreichs bei den in Wien ansässigen internationalen Organisationen war, ist der Kampf gegen Korruption nicht nur Beruf, sondern Berufung: „Korruption ist ein strukturelles Hindernis nachhaltiger Entwicklung. Deshalb ist ihre Bekämpfung auch Teil der UN-Agenda 2030 für ‚Sustainable

Development‘. Als einer der Verhandler der Anti-Korruptionskonvention der Vereinten Nationen (UNCAC) durfte ich später das Dokument für Österreich unterzeichnen. Durch meine Handschrift auf dem Originaldokument bin ich mit der Konvention und deren Inhalt im wahrsten Sinn untrennbar verbunden“, sagt er. Die IACA wurde auch mit dem Ziel gegründet, die 189 UNCAC-Staaten bei der Umsetzung dieser Konvention zu unterstützen.





Vor Gericht. Immer öfter werden Fälle von Korruption auch strafrechtlich verfolgt. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft nimmt hierbei in Österreich eine Vorreiterrolle ein.

BEWUSSTSEIN SCHAFFEN

Das Geld, das in die dunklen Kanäle von Korruption und Bestechung verschwindet, fehlt in Bereichen, die das Allgemeinwohl betreffen, etwa in der Bildung, im Gesundheitswesen oder bei der nachhaltigen Energieversorgung. „Das muss man den Menschen bewusst machen. Die Bevölkerung muss zudem wissen, dass es eine Möglichkeit gibt, gegen Korruption vorzugehen, und die Institutionen, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Richterinnen und Richter sowie Behörden brauchen das nötige Know-how“, so Stelzer. „Die IACA hat in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens bereits sehr viel geleistet, Wissen gesammelt und gebündelt. Das Wichtigste ist jetzt, mit diesem Instrumentarium mehr Menschen in Schlüsselpositionen zu erreichen.“

Die durch die Corona-Lockdowns erzwungene Digitalisierung der Ausbildung bot daher für die IACA unerwartete Chancen. „Wir haben die Ausbildung innerhalb weniger Wochen auf Fernunterricht umgestellt. Wegen der Covid-Pandemie bieten wir unsere Programme heute ausschließlich digital an“, erzählt Stelzer, „das ermöglicht zum einen mehr Menschen die Teilnahme, zum anderen wird durch den Entfall der Reisekosten auch die Finanzierungsschwelle niedriger.“

Die Ausbildungskosten selbst sind bei der nicht gewinnorientierten arbeitenden IACA im Vergleich zu internationalen Universitäten mit 12.000 bis

15.000 Euro recht moderat, für viele Interessierte, etwa aus Ländern des globalen Südens, aber immer noch zu hoch. Die freiwilligen Beiträge der 75 IACA-Teilnehmerstaaten sind für den Weiterbetrieb nötig und könnten auch mehr Studienplätze finanzieren, doch sie flossen eine Zeit lang nur spärlich. Daher stand die Akademie 2020 am Rande der Insolvenz. Dank einer gesicherten vierjährigen Unterstützung durch vier österreichische Ministerien (Innen-, Außen-, Justiz- und Finanzministerium) erwartet Stelzer auch wieder mehr Beteiligung aus dem Ausland. „Die Zahlungsbereitschaft hängt sehr vom Engagement des Sitz-Landes ab“, verdeutlicht er.

PROGRAMME AUSWEITEN

Derzeit werden an der IACA unterschiedliche Masterstudiengänge, Nachdiplomprogramme sowie Zusatzausbildungen für unterschiedliche Berufsgruppen über Fernunterricht angeboten. Für die Zukunft sind hybride Studiengänge geplant, die teils vor Ort, teils virtuell stattfinden sollen. Auch ein Modul in spanischer Sprache ist in Arbeit, um noch mehr Menschen zu erreichen. Weitere Ideen müssen erst finanziert werden. „Das Academic Advisory Board möchte, dass wir auch ein Doktoratsprogramm anbieten, aber dazu fehlen uns derzeit noch die Ressourcen“, erzählt Stelzer.

Bislang haben mehr als 4.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 172

Staaten eines der angebotenen Programme abgeschlossen, und Stelzer hofft auf einen Multiplikationseffekt: „Unsere Alumni sind Botschafterinnen und Botschafter, die nicht nur das Gelernte umsetzen, sondern auch auf ihr Umfeld einwirken. Sie werden Verstärker in ihren Netzwerken“, ist er überzeugt.

Neu ist auch ein IACA-Büro in New York, um das gestiegene Interesse der dortigen UN-Institutionen bedienen zu können. „Das Ziel muss sein, langfristig alle Diplomatinen und Diplomaten für das Thema zu sensibilisieren und ihnen das nötige Wissen zur globalen Bekämpfung von Korruption zu vermitteln“, betont Stelzer.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Dass Österreich im jährlichen Bericht von Transparency International üblicherweise nicht sonderlich gut abschneidet, sieht Thomas Stelzer gelassen: „Dieser Bericht misst die Wahrnehmung von Korruption, mit Fragen wie: ‚Glauben Sie, dass es Korruption gibt?‘ In Österreich meint eben der Großteil der Bevölkerung, dass Politikerinnen und Politiker für Korruption anfällig sind, und die Ereignisse der letzten Jahre haben das für viele bestätigt, auch wenn die meisten Fälle nicht ausjudiziert sind.“

Eine der Forschungsaufgaben, denen sich die IACA widmet, ist daher die Entwicklung einer Methode zur objektiven Messung von Korruption und der Quantifizierung der Geldflüsse, die den Staaten laufend durch Korruption und Bestechung verloren gehen.

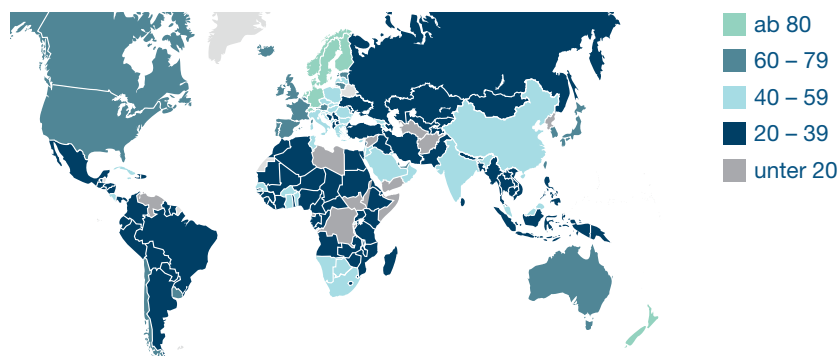
„Es gibt dazu etwa zehn unterschiedliche Forschungsansätze, die sich teils



Definitionsfrage. Dekan Thomas Stelzer wünscht sich eine allgemeingültige Methode zur Messung von Korruption.

KORRUPTIONS-INDEX 2021

Bewertung (maximal 100 Punkte)



„Korruption ist ein strukturelles Hindernis nachhaltiger Entwicklung. Deshalb ist ihre Bekämpfung auch Teil der UN-Agenda 2030.“

Thomas Stelzer
Dekan der IACA

ergänzen und teils widersprechen, aber ein universell akzeptiertes System zur Messung von Korruption gibt es noch nicht. Das ‚Global Programme on Measuring Corruption‘ ist auf fünf Jahre angelegt. Damit suchen wir nach einer Methode, der alle zustimmen können, um verschiedene Aspekte der Korruption zu messen. Das wäre ein großer Schritt vorwärts“, erzählt der Dekan.



Rangliste – Auswahl	Punkte	(Punkte 2020)
1. Dänemark	88	(88)
Neuseeland	88	(88)
Finnland	88	(85)
7. Schweiz	84	(85)
10. Deutschland	80	(80)
13. Österreich	74	(76)
27. USA	67	(67)
66. China	45	(42)
136. Russland	29	(30)
178. Syrien	13	(14)
Somalia	13	(12)
180. Südsudan	11	(12)

ADVERTORIAL

STANDORTPOLITIK NEU DENKEN!

Um eine langfristige Perspektive sowie nachhaltiges Wachstum am Pharma-Standort Österreich sicherzustellen, müssen mehrere Politikbereiche zusammenspielen.



PHARMIG-Präsident
Philipp von Lattorff,
MBA

Will die heimische Politik einen attraktiven, wachsenden und wettbewerbsfähigen Pharma-Standort schaffen, muss es dafür auf politischer Ebene auch eine gemeinsame Linie geben. Denn die Lage in Österreich ist paradox: Auf der einen Seite stehen streng regulierte Arzneimittelpreise und ein hürdenreicher Marktzugang für Arzneimittelinnovationen. Auf der anderen Seite gibt es Investitions-

und Förderpakete auch für Pharma-Unternehmen mit dem Ziel, diese hier anzusiedeln, sie zu halten beziehungsweise zum Ausbau ihrer Standorte zu bewegen.

Was fehlt, ist eine Standortpolitik, die integriert gedacht und gelebt wird. Mit ihr soll ein abgestimmtes Planen und Vorgehen in Wirtschaft, Wissenschaft, Gesundheit sowie auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Denn um die Versorgungssicherheit und -vielfalt mit Arzneimitteln in Österreich zu gewährleisten, müssen diese Bereiche entlang der wesentlichen Faktoren Forschung, Produktion und Marktzugang zusammenspielen. Und das nicht nur unter den Partnern im Gesundheitswesen, sondern vor allem auch auf politischer Ebene.

Eine langfristige Perspektive und die notwendige, integrierte Standortpolitik stel-

len ein gutes Fundament dar, um mehr Arbeitsplätze im Land sicherzustellen, ein Zeichen für nachhaltiges Wachstum zu setzen und die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs als Pharma-Standort international zu festigen.

„Anstatt einzelne Maßnahmen zu setzen, sollte Standortpolitik integriert gedacht und umgesetzt werden.“

PHARMIG

Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs



Standort. Die IACA ist im Palais Kaunitz-Wittgenstein in der niederösterreichischen Gemeinde Laxenburg untergebracht. Derzeit werden alle Programme der Akademie pandemiebedingt ausschließlich digital angeboten.

Ein weiteres aktuelles Projekt ist die Schaffung einer virtuellen Wissenssammlung für die globale Korruptionsforschung. „Eine Art One-Stop-Shop“, erläutert Stelzer. „Wer immer eine Frage zu diesem Themenkreis hat, soll sich auf unserer Webseite zur Lösung durchklicken können. Das wird Ende des Sommers online sein.“

INTERNATIONAL GEFRAGT

Neben Lehre und Forschung bietet die IACA auch ganz konkrete Hilfestellung zu aktuellen Problemen. „Darunter fällt eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Projekte wie etwa die Ausbildung von Abteilungsleiterinnen und -leitern in Justizministerien von Nachfolgestaaten der Sowjetunion, aber auch von Bankerinnen und Bankern in Pakistan. Zurzeit helfen wir einem afrikanischen Staat bei der Einrichtung eines Transparenzministeriums“, erläutert der Dekan.

Doch nicht alle Staaten sind gleichermaßen bemüht, die UNO-Konvention gegen Korruption umzusetzen, wobei die Verteilung anders ist, als

Nichteingeweihte vielleicht vermuten würden. „Gerade in Entwicklungsländern ist es der Politik und Verwaltung häufig bewusst, wie dringend das durch Korruption und Bestechung abgeflossene Geld für andere Belange gebraucht würde“, erklärt Stelzer.

POSITIVE BILANZ

„Es ist eine permanente dynamische Anstrengung, die Korruptionsbekämpfung umzusetzen, das ist genau wie bei der Demokratie. Aber in den letzten Jahren ist vieles geschehen, was uns hilft, Korruption zu bekämpfen und einzudämmen“, gibt sich Stelzer optimistisch und nennt als heimische Hoffnungsträger das Antikorruptionsvolksbegehren, das neue Parteiengesetz und die erstmalige Anwendung bislang schlummernder Tatbestände im österreichischen Korruptionsstrafrecht. Auch die EU und der Europarat sind mit dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) beziehungsweise den Länderberichten der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) auf einem guten Weg.

Das vorhandene und ständig weiterentwickelte Instrumentarium schaffe die Perspektive einer weitgehend korruptionsfreien Gesellschaft, doch der Weg dahin sei nicht einfach, betont Thomas Stelzer: „Der Kampf gegen Korruption ist keine Lebensaufgabe, sondern eine Generationenaufgabe. Korruption ist wie ein Krebsgeschwür, das sich in alle Verästelungen der Gesellschaft ausubreiten versucht. Es gibt viele Interessen, die ihre Bekämpfung behindern. Deshalb müssen wir verstärkt auf Prävention setzen. Es ist notwendig, das Immunsystem der Gesellschaft zu stärken, damit die Korruption gar nicht erst Fuß fassen kann. Es soll niemand mehr davon ausgehen, dass sich Korruption rechnet, dass man straflos davonkommt.“



International Anti-Corruption Academy (IACA)

Gegründet: März 2011

Sitz: Palais Kaunitz-Wittgenstein, Laxenburg (NÖ)

Mitglieder: 76 Staaten

www.iaca.int

Aktuelles aus der Verwaltung: Einstiege, Aufstiege, Umstiege

In zentralen Magistratsabteilungen der Stadt Wien wurden **Leitungsfunktionen** neu vergeben. Auch das wichtige Bundesamt für Korruptionsbekämpfung (BAK) hat einen neuen, bewährten Chef. Das Team von Austrian Standards bekommt Verstärkung.

Text: Cornelia Ritzer



COO BEI AUSTRIAN STANDARDS

Die IT-Managerin **Birgit Unger** ist seit Juli 2022 Chief Operating Officer in der erweiterten Geschäftsleitung bei Austrian Standards. Die österreichische Organisation ist für Standardisierung und Innovation zuständig, unterstützt beim Finden von Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen und ist Teil eines Netzwerks von Expertinnen und Experten in 167 Ländern. Die gebürtige Niederösterreicherin führt ein Team von 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Zuvor war sie Chief Information Officer beim Mediaprint Zeitungs- und Zeitschriftenverlag, wo sie zuletzt für die strategischen und operativen IT-Agenden verantwortlich war. 2020 wurde die studierte Betriebswirtin außerdem für den „Confare CIO of the Decade“-Award nominiert und schaffte es in der Auswahl – als einzige Frau – unter die Top Ten.



NEUE LEITUNG DER WIENER UMWELTSCHUTZABTEILUNG

Seit 1. Juli 2022 leitet **Michael Kienesberger** die MA 22 (Umweltschutz) in Wien. Der Oberösterreicher absolvierte das Studium der Biologie an der Universität Wien, arbeitete schon früh im Nachhaltigkeitsbereich und begann 2009 seine Tätigkeit bei der Stadt

Wien. Nach Stationen im Bund als stellvertretender Büroleiter im Staatssekretariat für Diversität, Öffentlichen Dienst und Digitalisierung sowie im Wiener Gesundheitsverbund als Bereichs-kordinator im Büro des Vorstandes erfolgte 2018 die Rückkehr zur Stadt Wien. Kienesberger war zuletzt in der Geschäftsgruppe „Klima, Umwelt, Demokratie und Personal“ als Büroleiterin-Stellvertreter und als stellvertretender Budgetkordinator tätig, wo er an der Konzeption und Weiterentwicklung der Klimaagenden der Stadt arbeitete.



IRIS TICHELMANN IST WIENER UMWELTANWÄLTIN

Die Wiener Umweltschutzrechtsanwaltschaft hat seit 1. August 2022 mit **Iris Tichelmann** eine neue Spitze. Sie konnte sich im Hearing gegen sieben Mitbewerberinnen und Mitbewerber durchsetzen. Die Wienerin hat das Masterstudium Naturschutz und Biodiversitätsmanagement an der Universität Wien mit Auszeichnung bestanden und an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Uni Wien ein Erweiterungscurriculum abgeschlossen. Seit 2017 ist Tichelmann bei der Wiener Umweltschutzrechtsanwaltschaft beschäftigt, zunächst als Referentin für Naturschutz und seit März 2021 in der Funktion als Leiterin des Umweltbildungsprojekts „Wildnis (ist) Klasse“. Die bisherige Spitze an der weisungsfreien und unabhängigen Einrichtung der Stadt Wien war Andrea Schnattinger, die nach 20 Jahren als Wiener Umweltschutzrechtsanwältin in den Ruhestand trat.



FIX: CHEF DES BUNDESAMTS FÜR KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Otto Kerbl wurde zum geschäftsführenden Direktor des Bundesamts für Korruptionsbekämpfung (BAK) ernannt. Der Rechtswissenschaftler war der einzige Bewerber. Bereits im Juli 2020 hatte Kerbl die interimistische Führung übernommen. Er begann seine Laufbahn 2009 im Innenministerium, im BAK begann er 2014 als Abteilungsleiter. Der Oberösterreicher Kerbl schloss ein Masterstudium in „Anti-Corruption Studies“ an der IACA in Laxenburg ab.



WIENER PATIENTEN- UND PFLEGEANWALT BESTELLT

Der an der Universität Wien promovierte Jurist **Gerhard Jelinek** ist seit 1. Juli 2022 für die Dauer von fünf Jahren der neue Wiener Pflege- und Patientenanwalt. Der 2021 pensionierte Ex-Präsident des Oberlandesgerichts Wien setzte sich gegen 23 Bewerberinnen und Bewerber durch. Die Wiener Pflege-, Patientinnen- und Patienten-anwaltschaft besteht seit 30 Jahren und ist eine unabhängige und weisungsfreie Einrichtung, die als Mediationsstelle und zur Wahrung und Sicherung der Rechte von Personen in allen gesundheits- und pflegerelevanten Angelegenheiten in Wien eingerichtet wurde.

Der Hauch der Geschichte

Seine schiere Größe und das historische Gewicht seiner Bestände machen das **Österreichische Staatsarchiv** zu einem der bedeutendsten Orte der Forschung in Europa. Das Publikum wird immer vielfältiger, die Nutzung immer digitaler.

Text: Clemens Stachel



Der Justizpalastbrand am 15. Juli 1927 vernichtete viele wertvolle Archivbestände. Noch heute finden sich angesengte Dokumente im Staatsarchiv.

Rein äußerlich versprüht das Österreichische Staatsarchiv unverkennbar den Charme der 1980er Jahre. Der massive Zweckbau in der Wiener Nottendorfer Gasse verleugnet weder Herkunft noch Bestimmung: Was zählt, sind die inneren Werte. Im Jahr 1987 wurde das neue Zentralarchiv eröffnet – damals ein Pionier auf dem unbebauten Erdberger Mais. Zum ersten Mal seit seiner Gründung im Jahr 1945 waren alle Abteilungen des Staatsarchivs in einem Gebäude vereint. Alle bis auf eine: Die Bestände des alten Haus-, Hof- und Staatsarchivs blieben, wo sie waren – am Minoritenplatz. „Davor waren die Bestände des Staatsarchivs quer über die Stadt verstreut“, erinnert sich Generaldirektor Helmut Wohnout. „An mehreren kleinen Standorten, die überhaupt nicht als Archive

gebaut waren. Ohne Belüftung, ohne Brandabschnitte. Das neue Haus bot endlich die Lagerungsbedingungen, die ein Archiv braucht – mit Brandschutz und Klimaanlage auf der Höhe der Zeit. Und mit einem modernen Lesesaal, der den Forscherinnen und Forschern ein angenehmes Arbeiten ermöglicht.“

Unter dem Dach des Österreichischen Staatsarchivs sind vier Abteilungen vereinigt: Neben dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv, in dem unter anderem die Urkundensammlung und der größte Teil der überlieferten Akten des Heiligen Römischen Reiches lagern, sind dies das Allgemeine Verwaltungs- und Hofkammerarchiv, das Kriegsarchiv und das Archiv der Republik (AdR). Letzteres wurde erst in den 1980er Jahren etabliert als jene Abteilung, die im Wesentlichen die Zeit ab ➤



Fotos: Österreichisches Staatsarchiv, Marion Pertschy



Standorte. Das Archiv am Minoritenplatz (oben) wurde 2003 renoviert. Bereits seit 1987 residiert das Zentralarchiv in Wien-Erdberg (unten). Es kann mit 50.000 m² Speicherfläche in 15 Geschoßen – davon sechs unterirdisch – aufwarten.

Österreichisches
Staatsarchiv



Rudolf Jeřábek übernahm im Jahr 2020 die Leitung des Archivs der Republik, der „Schnittstelle zwischen Verwaltung, Geschichtsschreibung und Rechtssicherung“.

1918 abdeckt. Hier landet also laufend „Bundesschriftgut, das eine Qualität als Archivgut hat“, wie es AdR-Direktor Rudolf Jeřábek zusammenfasst. „Wir sind die Schnittstelle zwischen der aktuellen Verwaltung, der Geschichtsforschung und der Rechtssicherung.“ Zu entscheiden, ob und wann genau ein Akt ins Staatsarchiv wandert, obliegt am Ende freilich den Dienststellen selbst. „Laut Bundesarchivgesetz ist uns Schriftgut ohne personenbezogene Daten nach 30 Jahren ‚anzubieten‘, aber wenn es für die aktuelle Verwaltung weiterhin benötigt wird, nehmen wir es der Dienststelle natürlich auch nicht weg“, so Jeřábek. Denn im Archiv soll nur landen, was als vergangen, als „inhaltlich abgeschlossen“ gelten kann.

KULTURWANDEL

Klischees sind dazu da, um mit ihnen zu brechen. Und so sollte auch, wer heute das Staatsarchiv als Benutzerin oder Benutzer besucht, klischeebehaftete Vorstellungen von komplizierten Bestellprozeduren und knorrigem Archivaren schon an der Garderobe

„Archivarinnen und Archivare kümmern sich heute durchwegs proaktiv um die Anliegen der Besucherinnen und Besucher.“

Helmut Wohnout

VOM HERRSCHAFTS- ZUM STAATSARCHIV

1749

Kaiserin Maria Theresia gründet das erste zentrale Herrschaftsarchiv des Hauses Habsburg. Die Archivräume befinden sich im Reichskanzleitrakt der Hofburg.

1899–1902

Das Haus-, Hof- und Staatsarchiv am Minoritenplatz wird als moderner Archivbau errichtet.

1945

Nach dem Ende des NS-Regimes in Österreich wird das Österreichische Staatsarchiv errichtet. Seine Bestände werden allerdings nicht zentral gelagert.

1987

Das neue Zentralarchiv in Wien-Erdberg wird eröffnet. Es kann mit 50.000 m² Speicherfläche in 15 Geschoßen – davon sechs unterirdisch – aufwarten.

2003

Das Gebäude am Minoritenplatz wird renoviert und auf den konservatorisch neuesten Stand gebracht.

abgeben. „Früher hatten viele Archive das Selbstverständnis, wonach sie sich in allererster Linie als Hüter der ihnen anvertrauten Bestände sahen. Der Servicegedanke stand dabei nicht immer im Vordergrund“, erinnert sich Generaldirektor Wohnout an seine eigene Studienzeit. „Da hat ein enormer Paradigmenwechsel stattgefunden: Archivarinnen und Archivare kümmern sich heute durchwegs proaktiv um die Anliegen der Besucherinnen und Besucher, um ihnen die bestmöglichen Voraussetzungen für ihre Forschung anzubieten.“ In den letzten dreißig bis vierzig Jahren habe sich auch das Publikum auffällig diversifiziert, so Wohnout weiter: „Früher haben fast ausschließlich Forscherinnen und Forscher aus dem akademischen Milieu zu uns gefunden. Heute haben wir interessierte Benutzerinnen und Benutzer aus allen Bevölkerungsgruppen im Haus. Ein



Man spürt den „Hauch der Geschichte“: Generaldirektor Wohnout und der Direktor des Archivs der Republik, Rudolf Jeřábek, stöbern im Depot.

Hauptgrund dafür ist sicherlich der Boom der Familienforschung.“

Je größer der Andrang, desto höher die Chance, dass gänzlich unberührte Dokumente auch einmal das gardinen-gedimmte Tageslicht des Lesesaals erblicken. Und das sind mehr, als man glaubt. „Viele Aktenbestände sind, seit sie abgelegt wurden, komplett unbenutzt“, erklärt AdR-Direktor Jeřábek. „Gerade auch aus der Zeit der Ersten Republik gibt es noch reichlich Material, in das noch nie jemand hineingeschaut hat.“ Es sei nun einmal so, stellt der Direktor trocken fest, dass „90 Prozent der Forscherinnen und Forscher sich für dieselben zehn Prozent der Akten“ interessieren.

DIGITAL KOMMT, ANALOG BLEIBT

Die Digitalisierung ist eine große Chance, um bislang unbekannte Dokumente abseits der „Trampelpfade“ unter die wissenschaftliche Community zu bringen. Helmut Wohnout macht beispielhaft auf ein seit 2007 laufendes



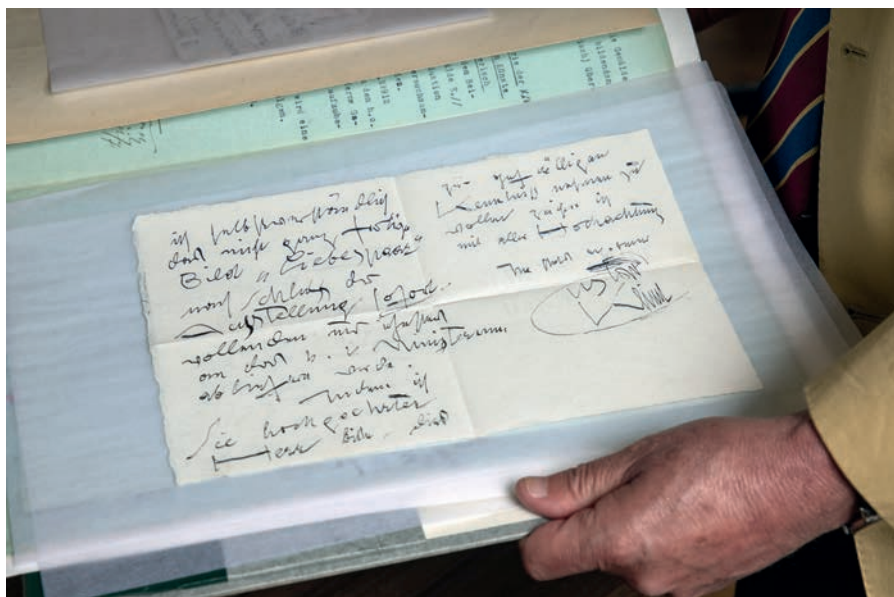
Bitte nicht neu ordnen! „Ob ein Stück Papier im Akt über oder unter einem anderen liegt, ist historisch bedeutsam“, sagt Wohnout.

„Wenn ein Dokument für die aktuelle Verwaltung benötigt wird, nehmen wir es der Dienststelle natürlich nicht weg.“

Rudolf Jeřábek

Erschließungsprojekt aufmerksam, das die umfangreichen Akten des kaiserlichen Reichshofrats ab dem 16. Jahrhundert erstmals systematisch verzeichnet und sowohl in Buchform als auch digital veröffentlicht. Am Ende des achtzehnjährigen Prozesses wird dieses Verzeichnis 15 Bände umfassen. „Und dann haben wir noch immer erst rund 13 Prozent aller Gerichtsakten des Reichshofrats tiefer erschlossen“, so Wohnout. Historikerinnen und Historiker aus aller Welt können dann online einen Blick „in die Kartons“ werfen und ihren Besuch im Archiv effizienter planen.

Das wirft die Frage auf: Warum überhaupt noch anreisen, wenn es doch Scanner und das Internet gibt? „Wir haben viele Anfragen wegen konkreter



„Ein Brief wie ein Kunstwerk“, sagt Generaldirektor Wohnout über diese Notiz Gustav Klimts aus dem Jahr 1908 an das damalige Unterrichtsministerium, das gerade sein Bild „Liebespaar“ – später „Der Kuss“ genannt – angekauft hatte.

Dokumente, und gegen eine Gebühr fertigen wir dann gerne extra Scans an und versenden diese“, erklärt Wohnout. „Eine vollständige Massendigitalisierung des Gesamtbestandes ist aber unrealistisch. Das Scannen von Archivgut funktioniert ja anders als bei einem Buch. Jedes Stück Papier hat eine andere Größe, eine andere Qualität, einen anderen Zustand.“ Und doch hat das Staatsarchiv in den vergangenen Jahren bereits über sechs Millionen (!) Einheiten digitalisiert. Wie viel Prozent des gesamten Archivs sind das? Rudolf Jeřábek lächelt: „Ein Bruch-

teil. Wenn auch ein wichtiger – angesichts der überwältigenden Menge.“

Außerdem gebe es ja auch noch den „Hauch der Geschichte“, wie Wohnout bemerkt: „Einen Akt mit eigenen Augen zu sehen und mit eigenen Händen zu greifen, kann wichtig sein. Es gibt ja bei Dokumenten oft Eigenheiten, etwa handschriftliche Randbemerkungen, denen man am Original viel besser nachspüren kann.“

Darf man also bei einer solchen Menge von Akten, die seit Jahrzehnten und Jahrhunderten ihrer Aufarbeitung harren, auch noch mit echten Sensationsfunden rechnen? „Im Prinzip ja“, sagt Generaldirektor Wohnout. „Wobei die Beurteilung als ‚sensationell‘ natürlich immer subjektiv ist. Einen Fund, nach dem man die österreichische Geschichte der Neuzeit komplett umschreiben müsste, halte ich für unrealistisch. Ich bin aber überzeugt, dass bei uns jeden Tag Forscherinnen und Forscher in ihrem Fachgebiet auf Neues und Unerwartetes stoßen.“



Zeitgeschichtlich brisant: Kurt Waldheims Wehrstammbuch spielte im größten politischen Skandal des Jahres 1986 eine wichtige Nebenrolle.



Kontakt. Wer selbst einmal den Hauch der Vergangenheit spüren will, kann das Österreichische Staatsarchiv besuchen. Aktuelle Öffnungszeiten und Informationen zur Nutzung des Archivs finden sich auf der Website.

www.oesta.gv.at

Qualität. Organisationen wie das Frauenservice der Stadt Wien (MA 57), die sich schon vor der Pandemie Qualitätsstandards unterworfen hatten, kamen besser aus der Krise.

Resilienz durch gute Führung

OECD und KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung untersuchen die Resilienz europäischer Verwaltungen in der Pandemie.

Wie gut funktioniert die Verwaltung? Wie haben öffentliche Organisationen auf die Corona-Pandemie reagiert? Und welche Lehren können daraus für die Zukunft gezogen werden? Diesen Fragen gehen KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung und OECD derzeit in einem gemeinsamen Projekt nach.

Basis dafür ist der Common Assessment Framework (CAF), das europäische Instrument für Qualitätsmanagement im öffentlichen Sektor. Im Rahmen des CAF werden gewisse Standards gesetzt, etwa im Bereich der Führung oder der Ressourceneinteilung, die in öffentlichen Organisationen in Europa angewendet werden sollten.

Die Europäische Kommission hat nun im Rahmen ihres Verwaltungs- und Strukturreformprogramms die OECD und das KDZ beauftragt, die Wirksamkeit des CAF zur Stärkung der Resilienz in öffentlichen Verwaltungen zu

überprüfen und Empfehlungen für die weitere Nutzung auszuarbeiten. Dazu wurden Fallstudien in elf europäischen Ländern durchgeführt, unter anderem beim Frauenservice der Stadt Wien (MA 57), beim belgischen Nationalen Arbeitsamt, bei der Regionalen Gesundheitsinspektion Sofia (Bulgarien) und beim slowakischen Umweltministerium.

„Unsere Untersuchungen in elf europäischen Verwaltungseinheiten haben auch ergeben, dass Telearbeit nicht zu Leistungseinbrüchen führt.“

Thomas Prorok,
Geschäftsführer KDZ

Das Projekt ist zwar noch nicht abgeschlossen, KDZ-Geschäftsführer Thomas Prorok berichtet aber bereits von ersten Ergebnissen. Demnach konnten Organisationen, die den CAF schon seit einigen Jahren im Einsatz hatten, schneller auf die Herausforderungen der Covid-19-Krise reagieren. Die notwendigen Kommunikations- und Teamstrukturen waren dort bereits vorhanden. Eine weitere wichtige Erkenntnis: „Die Grundlage für Resilienz wird geschaffen, wenn ein nichthierarchischer, wertschätzender und vertrauensbildender Führungsstil zu beobachten ist“, sagt Prorok. Denn eine Kultur der Offenheit, des Vertrauens und des Einbeziehens führe zu höherer Verantwortung und Innovation sowie zu stärkerer Selbstorganisation. Auch bestehende Kooperationen wirkten sich in der Pandemie positiv auf die Resilienz aus: Auf kommunaler Ebene war die Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern sowie zivilgesellschaftlichen





Kooperation. Manuel Scherscher, Vizedirektor des Bundeskriminalamts und Leiter der Aktion „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“, Post-Partnerin Caroline Aumüller-König und Alois Mondschein, Zentrales Post-Partner Management (v. l. n. r.), bei der Präsentation der Initiative.

Sicherheit in Post-Partner-Filialen

Im Rahmen der Kooperation „**GEMEINSAM.SICHER mit der Österreichischen Post AG**“ berät die Kriminalpolizei Post-Partner.

Organisationen im Krisenfall besonders sinnvoll. In fast allen untersuchten Einheiten wurde auch Telearbeit genutzt. „Dabei hat sich im Übrigen gezeigt, dass Telearbeit nicht zu Leistungseinbrüchen führt“, so Prorok.

Das Resümee des KDZ-Geschäftsführers: „Für die Stärkung der Resilienz in zukünftigen Krisen sind diese Erkenntnisse von hoher Bedeutung.“ Neben der Führungs- und Organisationskultur sei etwa auch eine strategische und vorausschauende Planung wichtig. www.kdz.eu/de



Fallstudien. KDZ-Geschäftsführer Thomas Prorok forscht zur Qualität der Verwaltung.

Pakete empfangen im Supermarkt oder Briefe aufgeben an der Tankstelle: Österreichweit ermöglichen rund 1.340 Post-Partner – also Geschäfte, Apotheken oder sonstige Unternehmen, die auf ihren Verkaufsflächen Platz für Post-Filialen im Kleinformat bieten – die Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen. Doch damit steigt für die Post-Partner die Gefahr, ins Visier von Kriminellen zu geraten.

Die richtige Kombination aus Technik und Verhalten kann die Sicherheit in Post-Partner-Filialen erhöhen, daher haben Post und Innenministerium im Oktober 2021 die Kooperation „GEMEINSAM.SICHER mit der Österreichischen Post AG“ ins Leben gerufen. In deren Rahmen bietet die Exekutive sicherheitstechnische Beratungen an – auf den jeweiligen Betrieb abgestimmt. Bei regelmäßig stattfindenden Treffen können sich Inhaberinnen und Inhaber über mögliche Maßnahmen informie-

ren. Die Kriminalprävention der Polizei bietet außerdem eine Schwachstellenanalyse an, um auf allfällige Mängel einzugehen und diese zu beheben. Anschließend werden Lösungsvorschläge und technische Möglichkeiten, insbesondere mechanische und elektronische Maßnahmen, wie beispielsweise Videoüberwachung oder Alarmanlagen, besprochen. Darüber hinaus informiert die Polizei über richtiges Verhalten während eines Überfalls.

Die Unterstützung ist kostenlos – Post-Partner können sich mit ihrem Anliegen an die nächste Polizeidienststelle wenden, im Zuge des Gesprächs wird dann eine kriminalpolizeiliche Beratung durch Fachexpertinnen und Fachexperten der Kriminalprävention vereinbart. Zudem stellt das Bundeskriminalamt den Post-Partnern eine Checkliste mit Empfehlungen und Präventionstipps zur Verfügung, wie sie ihre Filialen sicher halten können.

Spektakel. Die Rakete Ariane 5 der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) brachte im Jänner 2022 das bisher größte und leistungsstärkste Teleskop – „James Webb“ – ins All.



A photograph of a rocket launch. On the left, a tall, slender launch tower is visible. A large, billowing plume of white smoke and steam rises from the base of the launch, filling the lower half of the frame. The background is a clear, deep blue sky. The overall scene conveys a sense of power and technological achievement.

Europas Tor zum Weltraum

Die **Europäische Weltraumorganisation (ESA)** leistet in der friedlichen Erforschung des Alls Pionierarbeit. Generaldirektor ist der Österreicher Josef Aschbacher.

Text: Teseo La Marca



Gelandet. Im November 2021 brachen vier Astronauten zur Internationalen Raumstation (ISS) auf. Seit Mai 2022 sind die Männer – darunter der deutsche ESA-Astronaut Matthias Maurer – wieder zu Hause.

Manche meinen, dass europäische Organisationen sich notorisch unter der Wahrnehmungsgrenze der Öffentlichkeit bewegen würden. Die Europäische Weltraumorganisation (ESA) ist da keine Ausnahme. Im Vergleich zur NASA, ihrem US-amerikanischen Pendant, kommt die Agentur zwar selten in Weltraumlegenden und Science-Fiction-Blockbustern vor, tatsächlich leistet sie aber einen essenziellen Beitrag zur Erforschung des Weltraums. Dabei geht es nicht nur um Wissenschaft, sondern auch um Hightech-Anwendungen des täglichen Lebens und um die geopolitische Unabhängigkeit Europas.

Die Anfänge der ESA reichen bis in die 1950er Jahre zurück, als sich der Wettlauf ins All zwischen den USA und der Sowjetunion zuspitzte. Damals erkannten westeuropäische Forschende wie auch Politikerinnen und Politiker, dass nationale Raumfahrtprojekte aus Europa mit den großen Playern kaum konkurrieren können. Mehrere westeuropäische Staaten einigten sich deshalb auf die Gründung zweier gemeinsamer Organisationen, wobei die eine Träger-

systeme für Raketen und die andere Satelliten für wissenschaftliche Zwecke entwickeln sollte. Aus dem Zusammenschluss beider Organisationen entstand im Jahr 1975 die ESA.

Zu dieser Zeit hatte sich der Wettstreit der beiden Supermächte um den Vorstoß ins All schon wieder gelegt, und die ESA, die für eine bessere Koordinierung der europäischen Raumfahrtaktivitäten sorgen sollte, erreichte schon bald ihr Ziel: Westeuropa konnte sich gegenüber den führenden Weltraumnationen technologisch behaupten und etablierte sich als Vorreiter der zivilen Raumfahrt und der friedlichen Erforschung des Alls.

DRITTGRÖSSTE WELTRAUMAGENTUR

Heute hat die ESA 22 Mitgliedstaaten, beschäftigt rund 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist mit einem Jahresbudget von 7,1 Milliarden Euro die drittgrößte Weltraumagentur nach der NASA und der chinesischen Raumfahrtbehörde CNSA. Neben zahlreichen EU-Staaten sind auch die Schweiz, Nor-

wegen und das Vereinigte Königreich als Mitglieder sowie Kanada als assoziiertes Mitglied aktiv. Dies ist möglich, weil die ESA nicht der EU untersteht, sondern eine eigenständige internationale Organisation ist und sich direkt aus dem Staatshaushalt der einzelnen Mitglieder finanziert. Die ESA kooperiert dabei eng mit den nationalen Weltraumagenturen der beteiligten Staaten, aber auch mit dem Weltraumprogramm der EU.

Welche Projekte gestartet werden, ob neue Mitglieder aufgenommen werden und wie die finanziellen Mittel aufgeteilt werden, beschließt der ESA-Rat, in dem jeder Mitgliedstaat mit genau

Die Anfänge der ESA reichen bis in die 1950er Jahre zurück, als sich der Wettlauf ins All zwischen den USA und der Sowjetunion zuspitzte.



Getestet. Wie verhalten sich Roboter auf dem Mond? Schaffen sie es, Proben und Daten zu sammeln? Diese komplexen Funktionen müssen getestet werden, bevor ein Rover in den Weltraum darf, etwa hier am Ätna.

Bald soll es wieder astronautische Flüge zum Mond geben, ein erster unbemannter Testflug findet voraussichtlich schon heuer statt.

einer Stimme vertreten ist. Alle vier Jahre wählt dieser Rat einen neuen Generaldirektor, der die ESA nach außen repräsentiert. Seit März 2021 bekleidet der Österreicher Josef Aschbacher diese Position.

In seiner Amtszeit läuft eine ganze Reihe spannender Projekte, von denen man in nächster Zeit immer wieder hören wird. Dazu gehören zum Beispiel die Satelliten im Copernicus-Programm, das Aschbacher in den vergangenen 20 Jahren gemeinsam mit der EU aufgebaut hat. Dieses Programm und weitere ESA-Satelliten („Earth Explorer“) liefern weltweit einzigartige Datenserien

zum Klima, zum Gletscherschwund, zu Naturereignissen wie Dürren, Überschwemmungen oder Vulkanausbrüchen, aber auch zu sicherheitsrelevanten Themen wie dem Krieg in der Ukraine.

Darüber hinaus soll es bald wieder astronautische Flüge zum Mond geben, ein erster unbemannter Testflug findet voraussichtlich schon heuer statt. Die Artemis-1-Mission der NASA zum Mond startet im Herbst 2022, unter maßgeblicher Beteiligung der ESA, mit dem sogenannten European Service Module. Damit könnte der Grundstein für eine künftige Rohstoffgewinnung auf dem Mond gelegt werden.

ROSETTA, HUBBLE- UND JAMES-WEBB-WELTRAUM-TELESKOP

Die verschiedenen Aktivitäten und Projekte der ESA sind heute auf vier Säulen aufgeteilt: „Science and Exploration“ (Weltraumwissenschaft sowie astronautische und robotische Erkundung), „Safety and Security“ (Weltraumsicherheit, Sicherheitsanwendungen und Cybersecurity), „Applications“ (Telekommuni-

kation, Erdbeobachtung und Navigation) sowie „Enabling and Support“ (Technologie, Raumtransport und Raumfahrtbetrieb).

Einer der wohl größten Erfolge in der Geschichte der ESA bleibt die Kometenmission der Raumsonde Rosetta, die zwölf Jahre durch die Tiefen des Alls geflogen ist und im September 2016 erstmals eine erfolgreiche Landung auf einem Kometenkern durchgeführt hat.

Ein weiteres Highlight war das Hubble-Weltraumteleskop, das in Zusammenarbeit mit der NASA entwickelt wurde. Der Betrieb eines Teleskops außerhalb der Erdatmosphäre war deshalb so wichtig, weil man damit ihre Filterwirkung umging. Dadurch wurden Aufnahmen von Planeten, Sternen und Galaxien mit einer bisher unerreichten Bildauflösung möglich.

Auf demselben Prinzip fußt auch das James-Webb-Teleskop, das ab 1996 als gemeinsames Infrarotastronomie-Projekt von NASA, ESA und CSA (Kanada) entwickelt wurde und Anfang 2022 in Betrieb ging. Nachdem es mit der europäischen Ariane-5-Rakete ins All geschossen wurde, hat es bereits erste



Ganz oben. Der gebürtige Tiroler Josef Aschbacher ist Generaldirektor der Europäischen Weltraumorganisation. Er legte den Grundstein für seine Karriere mit einem Studium der Meteorologie und Geophysik in Innsbruck.

Bilder geliefert, die einen Blick bis zu den Anfängen des Universums ermöglichen. Es ist das größte Weltraumprojekt in jüngerer Zeit und liefert 20 Mal präzisere Aufnahmen als der Vorgänger „Hubble“.

ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN ORGANISATIONEN

Für Unternehmungen dieser Größenordnung sucht die ESA meist die Zusammenarbeit mit anderen Weltraumagenturen. Wichtigster Partner ist dabei die NASA, in jüngerer Zeit kamen aber immer öfter auch Kooperationen

mit ISRO (Indien), JAXA (Japan) oder Roskosmos (Russland) hinzu. Die Zusammenarbeit mit Letzterer wurde nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine eingestellt.

Bei Projekten in Eigenregie kann sich die ESA mittlerweile auf ihr eigenes Netzwerk von Trackingstationen zur Satellitenverfolgung, auf drei Deep-Space-Stationen für die Kommunikation mit dem Weltraum sowie auf eigene Technologien für Raketenstarts und kritische Flugmanöver verlassen. Dadurch wurde Europa mit der Zeit immer unabhängiger von den Beiträgen anderer öffentlicher Weltraumorganisationen.

Die Konkurrenz kommt demnächst freilich eher aus dem privaten Sektor. Während bemannte Raumfahrten zum Mars noch in weiter Ferne scheinen, könnten Weltraumstationen, die als „Touristenhotels“ dienen, schon bald Wirklichkeit werden. Dies will man aber nicht allein privaten Akteuren überlassen. Der kommerzielle Sektor (zum Beispiel Navigation, Green Economy, Raketen) steht deshalb bei ESA-Generaldirektor Josef Aschbacher weit oben auf der Agenda 2025: So will die Europäische

Weltraumorganisation als öffentliche Agentur einerseits im Privatsektor aktiv werden, andererseits aber auch als „Facilitator“ für Unternehmen aller Art agieren, was KMUs, Start-ups und Konzernen wie Airbus, Thales Alenia oder OHB zugutekommt. Sie profitieren bei der Entwicklung kreativer Endanwendungen nicht zuletzt von den riesigen, freien Datenmengen aus der Erdbeobachtung. Der Österreicher hat also noch einiges vor, um die ESA zur „treibenden Kraft im Weltraum“ auszubauen. Und vielleicht auch ihren Bekanntheitsgrad zu steigern.



Karriere bei der ESA:

Gesucht werden laufend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Bereichen Ingenieurwesen, Naturwissenschaften, IT, Finanzen, Recht, HR oder Kommunikation. Besonders beliebt sind die Stellenangebote für Astronautinnen und Astronauten. 23.000 Bewerbungen hat man dort bei der letzten Ausschreibung erhalten. Weitere Infos unter: www.esa.int/careers

Komplizierte Ausschreibung? Einfache, fachgerechte Lösung.

Wer öffentlich ausschreibt, sorgt für mehr Transparenz und bekommt mehr Leistung. [lieferanzeiger.at](https://www.lieferanzeiger.at) ist Ihre verlässliche Online-Plattform für die elektronische Auftragsvergabe. www.lieferanzeiger.at

lieferanzeiger.at
Ein Service von **a. auftrag.at**



Info.Sicher – Kostenloses Bildungs- angebot für digitale Medienkompetenz

Digitale Medienkompetenz ist eine Schlüsselqualifikation des 21. Jahrhunderts, die den sicheren Umgang mit digitalen Informationen und Inhalten voraussetzt. Angesichts aktueller Phänomene wie „Fake News“, Filterblasen, Verschwörungstheorien oder Phishing-Mails ist die Förderung einer fundierten Medienkompetenz von wesentlicher Bedeutung.

Info.Sicher ist ein von Expert*innen der Wiener Zeitung Mediengruppe zusammengestelltes Kursangebot, das sich an **Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung, Lehrlinge sowie Senior*innen** richtet.

Vorteile und Nutzen für Interessierte:

- ✓ Basiswissen im sicheren und kritischen Umgang mit Informationen und digitalen Inhalten
 - Erkennen von Fake News, Filterblasen und Verschwörungstheorien
 - Sicherheit im Internet – Antivirenschutz, Passwörter, Umgang mit Phishing-Mails, Datenschutz
 - eGovernment – Verwaltungsdienste digital nutzen

- ✓ Standortbestimmung und Orientierung der individuellen digitalen Medienkompetenz
- ✓ DigComp-2.2-AT-konform
- ✓ Abschluss mit dem „Info.Sicher-Zertifikat“

Das Kursangebot gilt **bis Dezember 2022** sowie **ausschließlich für Gruppenanmeldungen** von zehn bis maximal 25 Personen. Die Kurse setzen sich aus 4 kurzweiligen Modulen à 3 Stunden zusammen.

JETZT ANMELDEN:

→ telefonisch unter **0732 / 78 80 78 808**
(Mo–Fr 9:00–13:00 Uhr) oder

→ online unter www.medienwissen.at/infosicher

medienwissen.at